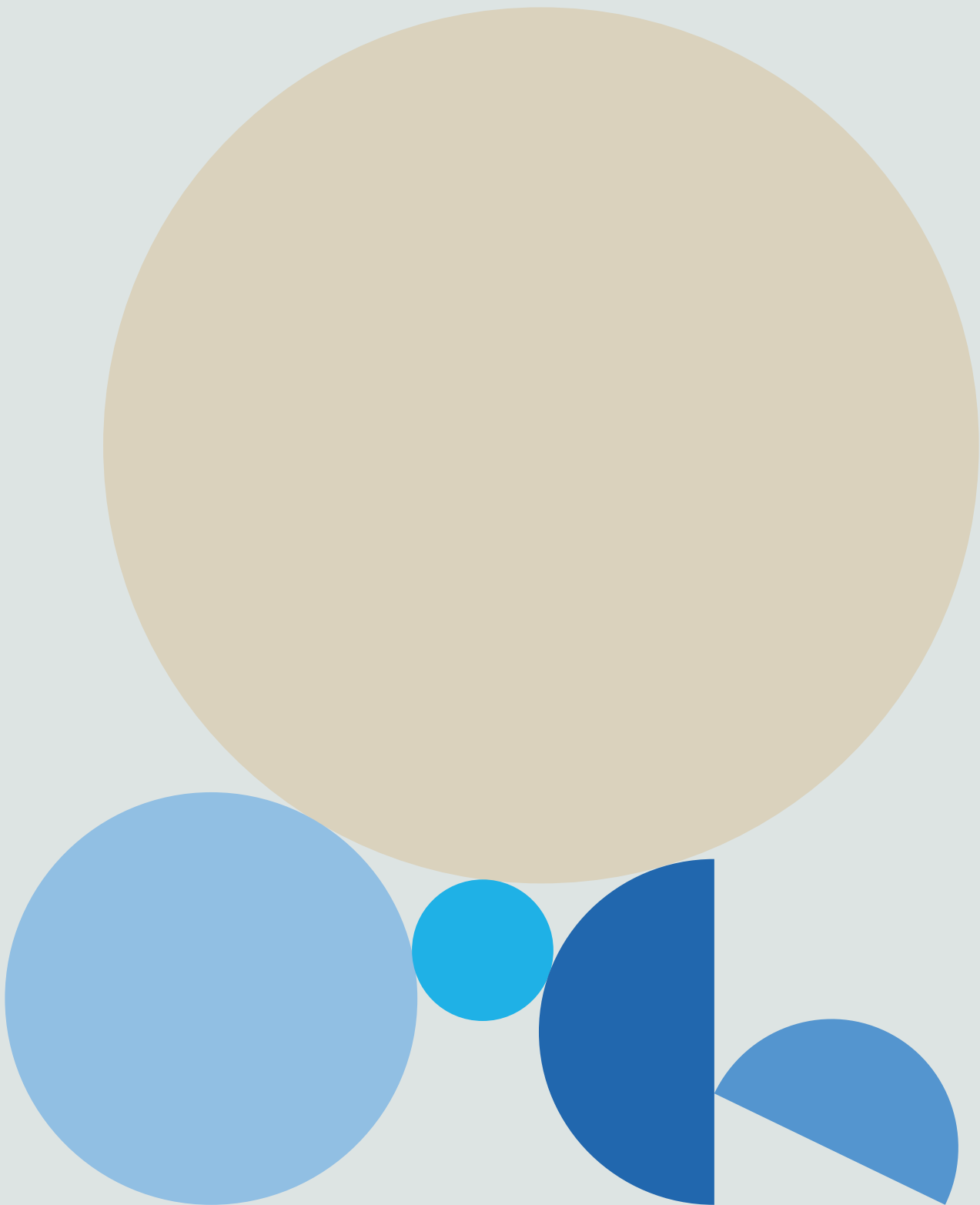


Geschäftsbericht 2023

DA Deutsche Allgemeine Versicherung
Aktiengesellschaft



Fünf-Jahres-Überblick

		2023	2022	2021	2020	2019
Brutto-Beiträge	Tsd. EUR	308.707	285.636	280.370	279.905	274.580
– Veränderung	%	8,1	1,9	0,2	1,9	–4,5
Verdiente Netto-Beiträge	Tsd. EUR	173.466	139.844	138.426	136.497	133.909
– Veränderung	%	24,0	1,0	1,4	1,9	–5,0
Schadenquote netto	%	83,4	80,3	69,7	66,4	75,0
Kostenquote netto	%	42,5	39,1	37,9	34,2	28,6
Kapitalanlageergebnis	Tsd. EUR	2.753	300	2.592	3.239	4.273
Jahresfehlbetrag / -überschuss*	Tsd. EUR	-38.416	-28.334	-16.654	-10.189	-5.122
Kapitalanlagen	Tsd. EUR	242.102	251.802	260.327	262.196	257.617
Versicherungstechnische Netto- Rückstellungen	Tsd. EUR	234.406	234.856	229.208	222.265	222.251
Eigenkapital	Tsd. EUR	47.008	47.008	47.008	47.008	39.883
Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	Anzahl	1.387.842	1.322.649	1.341.991	1.373.295	1.361.569

* vor Gewinnabführung / Verlustübernahme

Inhaltsverzeichnis

Verwaltungsorgane der Gesellschaft	1
Lagebericht	3
Betriebene Versicherungszweige und -arten	19
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023	20
Bilanz zum 31. Dezember 2023	21
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	25
Anhang Angaben zur Bilanzierung und Bewertung	27
Angaben zur Bilanz	31
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	37
Allgemeine Angaben	41
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	44
Bericht des Aufsichtsrats	50
Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur	51

Verwaltungsorgane der Gesellschaft

Aufsichtsrat

Dr. Carsten Schildknecht	Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main
Dr. Torsten Utecht	Stellvertretender Vorsitzender Vorstandsmitglied (Finanzen) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main
Dr. Claudia Max	Vorstandsmitglied (Underwriting, Property & Casualty) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main

Vorstand

Peter Stockhorst	Vorsitzender (Business Performance, Finance, HR, Communications, Digitalisierung/Digital Services sowie Partnerships)
René Billing	Direct Insurance (Product, Pricing & Analytics, Digital Experience, Underwriting, Rückversicherung, Claims, Operations sowie Business Change & IT)
Michael Reuter	Governance-Funktionen (Legal (inkl. Datenschutz), Compliance, Risikomanagement, versicherungsmathematische Funktion, Group Audit)
Martin Schmidt-Schön	Digital Business, Vertrieb (Digital Sales & Online Marketing, Beraternetzwerk, Customer Development & Marketing, TeleSales & New Channels)

Lagebericht

Geschäftstätigkeit der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört zur Zurich Gruppe Deutschland und damit zur internationalen Zurich Insurance Group Ltd., Zürich. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG ist in Deutschland als Online- und Direktanbieter von Versicherungsdienstleistungen ohne Einsatz von Außendienst tätig. Den Kunden werden Problemlösungen für Risikoschutz und Vorsorge über die Website und das Kundenportal der Gesellschaft und über eine persönliche Beratung durch ein eigenes Call-Center angeboten.

In der Schadenversicherung werden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft alle wesentlichen Versicherungszweige des privaten Bedarfs gezeichnet. Hier liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf der Kraftfahrtversicherung; die anderen Sparten gewinnen jedoch zunehmend an Bedeutung. Im Bereich der Personenversicherung werden die private Unfallversicherung sowie die Zahnzusatzversicherung angeboten. Die Sachversicherungssparten wurden ergänzt um die Tierkrankenversicherung. Nähere Angaben über die im Einzelnen angebotenen Versicherungszweige finden sich im Kapitel Betriebene Versicherungszweige und -arten.

Die Vertrags- und Schadenbearbeitung erfolgt über die Rechtsträger der Zurich Gruppe Deutschland mit direkten Ansprechpartnern für die Kunden sowie nachgelagerte Bereiche für komplexere Geschäftsvorfälle der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 auf Niveau von Corona-Pandemie Beginn

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland wurde auch im Jahr 2023 spürbar von den Folgen des Krieges in der Ukraine und den damit einhergehenden Herausforderungen geprägt. Die Corona-Pandemie wurde offiziell als beendet erklärt, einzelne Fälle treten dennoch auf, wenn auch ohne pandemische Merkmale. Insbesondere die extremen Energiepreiserhöhungen und steigenden Lebenshaltungskosten verschärfen die erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche bereits im Jahr 2022 vorhanden waren und in Material- und Lieferengpässen und dem Fachkräftemangel resultieren. Gleichzeitig zeigte sich auch im Jahr 2023 wieder, dass der Klimawandel kein zyklisch auftretendes Thema ist und neben den kurzfristigen Krisen eine langfristige Herausforderung darstellt. Die Folgen der globalen Krisen belasteten die deutsche Wirtschaft, wodurch diese kein Wachstum verzeichnen konnte.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sank das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Vergleich zum Jahr 2019 stieg das BIP im vergangenen Jahr in Deutschland lediglich um 0,7 % und damit deutlich schwächer als in vielen anderen europäischen Staaten. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung fiel im Jahr 2023 um 0,1 % gegenüber dem Vorjahr an. Die meisten Dienstleistungsbereiche konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich leicht ausweiten und stützten die Wirtschaft im Jahr 2023. Der Anstieg fiel aber insgesamt schwächer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren. Den größten preisbereinigten Zuwachs verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation mit +2,6 %. Der Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit (+1,0 %) und die Unternehmensdienstleister (+0,3 %) konnten ebenfalls leicht zulegen. Dagegen ging die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im zusammengefassten Wirtschaftsbereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe (-1,0 %) zurück. Das lag vor allem am Groß- und am Einzelhandel, die deutlich nachgaben, während der Kraftfahrzeughandel und der Verkehrsbereich zulegten. Im Baugewerbe machten sich neben den weiterhin hohen Baukosten und dem Fachkräftemangel insbesondere die zunehmend schlechteren Finanzierungsbedingungen bemerkbar. Hiervon war vor allem der Hochbau betroffen. Dagegen konnte die Produktion im Tiefbau und im Ausbaugewerbe gesteigert werden. Insgesamt erreichte das Baugewerbe 2023 preisbereinigt ein kleines Plus von 0,2 %.

Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls im Minus (-0,4 %). Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der Automobilindustrie und dem sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen sanken Produktion und Wertschöpfung in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesen Branchen bereits 2022 auf die steigenden Energiepreise reagiert hatte.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2023 aufgrund der schwachen Weltkonjunktur schlecht und dürfte sich auch 2024 nicht bemerkbar verbessern. Globale geldpolitische Straffungen und die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit setzten dem deutschen Außenhandel zu. Nach ersten Berechnungen fielen die Exporte im Jahr 2023 preisbereinigt um -1,2 % und die Importe preisbereinigt um -1,9 %.

Im Jahr 2023 spannte sich der Arbeitsmarkt weiter an, wenn auch weniger stark als in den Jahren zuvor. Im Jahresdurchschnitt erbrachten 45,9 Mio. in Deutschland arbeitende Erwerbstätige die Wirtschaftsleistung. Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 % gegenüber dem Vorjahr und überstieg damit erneut das Vorkrisenniveau des Jahres 2019. Einen besonders starken Zuwachs an Erwerbstätigen verzeichnete der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %). Die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist der einzige Wirtschaftsbereich, der einen Rückgang der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr (-0,4 %) vermeldet. Die Anzahl an Erwerbstätigen in den Wirtschaftsbereichen Finanz- und Versicherungsdienstleister und Grundstücks und Wohnungswesen stagnierte.

Die privaten Konsumausgaben fielen nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,1 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit liegen die Konsumausgaben weiterhin unter Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-2,1 %). Ursächlich hierfür waren besonders die hohen Verbraucherpreise insbesondere für Nahrungsmittel und Energie. Auch der Staat reduzierte im Jahr 2023 erstmals seit fast 20 Jahren seine preisbereinigten Konsumausgaben (-1,7 %). Das lag vor allem am Wegfall staatlich finanzierter Coronamaßnahmen wie Impfungen und Ausgleichszahlungen für freie Bettenkapazitäten in Krankenhäusern. Durch solche Maßnahmen hatte der Staatskonsum in den Jahren ab 2020 die Wirtschaftsleistung gestützt.

Im Jahr 2023 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Schnitt um +5,9 % gegenüber 2022 erhöht. Damit erreicht der Verbraucherpreisindex einen historischen Höchststand, der laut dem Statistischen Bundesamt insbesondere auf die extremen Preisanstiege für Energieprodukte und Nahrungsmittel seit Beginn des Krieges in der Ukraine zurückzuführen sei. Die hohe Inflationsrate hatte für die Arbeitnehmer klare Reallohnverluste zur Folge. Dadurch, dass die Verbraucherpreise stärker als das verfügbare Einkommen stiegen, sank die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Der Krieg in der Ukraine und die daraus resultierende Energiekrise haben das ohnehin schwierige, von sozialen Ungleichheiten geprägte Umfeld, hoher Staatsverschuldung, erhöhter Cyber-Kriminalität und Bedrohungen der öffentlichen Gesundheit beeinflusst. Während die Regierungen und Gesellschaften weiterhin nach angemessenen Lösungen suchen, werden die Herausforderungen durch unzureichende Vorsorge, konkurrierende Interessen und die Folgen früherer Entscheidungen noch größer. Nirgendwo ist dies deutlicher geworden als im Kampf gegen die hohe Inflation. Regierungen und Zentralbanken versuchen zu reagieren. Dennoch bleibt das Risiko politischer Fehler hoch, da der Spielraum für die gleichzeitige Bewältigung wirtschaftlicher und damit verbundener gesellschaftlicher Belastungen begrenzt ist. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone ist von ebendiesen Herausforderungen betroffen.

Entwicklung an den Kapitalmärkten

Wie bereits im Jahr 2022 wurde die Entwicklung an den Kapitalmärkten auch im Jahr 2023 maßgeblich durch die Themen Inflation und Geldpolitik bestimmt. Grundsätzlich war die Erwartung vieler Marktteilnehmer, dass die Inflation im Jahr 2023 den Höhepunkt erreichen und die Zentralbanken somit am Ende des Zinserhöhungszyklus stehen würden, sodass der Ausblick sowohl für die Aktien- als auch die Rentenmärkte grundsätzlich positiv war. Dank fallender Energiepreise sank die Gesamtinflation, während sich die Kerninflation – gemessen ohne die schwankungsreichen Preise für Energie und Lebensmittel – auf hohem Niveau stabilisierte. So führte die gerade im ersten Halbjahr 2023 hohe Kerninflation sowie der stabile Arbeitsmarkt zu restriktiven Geldpolitiken der US-Zentralbank Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank, in deren Folge durch die höheren Zinsen sich im Verlauf des Jahres dann auch die wirtschaftlichen Daten und Prognosen abschwächten. Während sich die Wirtschaft in den USA noch stabil halten konnte, befand sich die Eurozone mit zwei aufeinanderfolgenden Quartalen mit negativem Wirtschaftswachstum bereits Ende des ersten Quartals in einer sogenannten technischen Rezession. Obwohl der Dienstleistungssektor sich im ersten Halbjahr noch sehr positiv entwickelte, verschlechterten sich die Frühindikatoren sowohl des verarbeitenden Gewerbes als auch später des Dienstleistungssektors, über das Jahr hinweggesehen, deutlich. Auf den Finanzmärkten zeigten sich erste Verwerfungen mit dem Kollaps der Silicon Valley Bank in den USA und in Europa musste die Credit Suisse unter Eingriff der Schweizer Nationalbank von der UBS übernommen werden, um einen Zusammenbruch der Credit Suisse mit weitreichenden negativen Folgen für das Finanzsystem zu verhindern. Insgesamt erwies sich das Bankensystem jedoch sowohl in den USA als auch in Europa als sehr robust und konnte diese kurzzeitige Krise gut überwinden.

Die Rentenmärkte erfuhren 2023 durch die Zinsentwicklung ein sehr volatiles Jahr. Getrieben durch die weiterhin hohe Inflation und die Zinserhöhungen der Zentralbanken, erreichten die Renditen deutscher Staatsanleihen gegen Ende des dritten Quartals ihre Höchststände und wiesen folglich deutliche Kursrückgänge auf. Ein stark ausgeprägter Zinsrückgang im vierten Quartal ließ länger laufende Anleihen gegen Jahresende dann aber wieder unterhalb der Renditen des Vorjahres fallen, so dass über das Gesamtjahr Kursgewinne erzielt werden konnten.

Im Immobiliensektor setzte sich der Trend aus 2022 ebenfalls fort. Viele Immobilien mussten weitere oder erstmalige Abwertungen erfahren, wobei Immobilien in den sehr guten Lagen mit niedrigem Risiko erneut besser abschneiden konnten als der Gesamtmarkt. Die gestiegenen Zinsen und hierdurch höheren Finanzierungskosten bzw. die Unsicherheit bzgl. zukünftiger Refinanzierungen machten sich nun auch bei großen Immobilienunternehmen bemerkbar. Resultierend daraus gab es die ersten Insolvenzen im Immobiliensektor. Speziell im Bereich der Immobilienentwicklungen kam es zu Engpässen bei Finanzierungen und Refinanzierungen. Auch einige gelistete Aktiengesellschaften in der Immobilienbranche sehen sich zunehmend stärkerem Gegenwind ausgesetzt, sei es durch Neubewertungen des Portfolios oder die gestiegenen Finanzierungskosten.

Während die Zinsen Ende des dritten/Anfang des vierten Quartals auf langjährigen Höchstständen notierten, zeigten die Maßnahmen der Zentralbanken ihre Wirkung und die Kerninflation ging merklich zurück, sodass nun mit keinen weiteren Zinserhöhungen in Europa und den USA gerechnet wird. Im Gegenteil, speziell in den USA wird bereits von einigen Marktteilnehmern mit Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2024 gerechnet. Diese Entwicklung und der implizite Ausblick lösten eine Kursrallye bei globalen Aktien aus, sodass einige Indizes ihre Allzeithöchststände erreichen konnten. Allerdings könnte dies auch ein Risiko für Aktien im Jahr 2024 darstellen, da der Kapitalmarkt vor dem Hintergrund eines sich verlangsamenen Wirtschaftswachstums und einer gegebenenfalls zu früh erwarteter Zinssenkung eventuell zu optimistisch positioniert ist.

Die Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft 2023

Auch das Versicherungsgeschäft wurde im Jahr 2023 stark von der steigenden Inflation und den Folgen des Krieges in der Ukraine geprägt. Über alle Sparten hinweg schätzt der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) einen leichten Anstieg der Beitragseinnahmen 2023 um 0,6 % auf 224,7 Mrd. EUR. Die realen Einkommensverluste der privaten Haushalte belasten dabei vor allem das Geschäft der Lebensversicherer, da die Menschen weniger Geld für die private Altersvorsorge zurücklegen. In der Schaden- und Unfallversicherung und der privaten Krankenversicherung sind trotz diverser Krisen weiterhin Beitragszuwächse zu verzeichnen.

Nach ersten Hochrechnungen des GDV stiegen die Beitragseinnahmen in der Schaden- und Unfallversicherung um 6,7 % auf 84,5 Mrd. EUR an. Zeitgleich stiegen die Leistungen um 12,7 % auf 65,4 Mrd. EUR. Der GDV sieht das vergangene Jahr besonders geprägt durch nachgelagerte Anpassungen und Schadensaufwendungen. Im Hinblick auf die schwierigen Rahmenbedingungen wie globale Unsicherheiten und ökonomische Herausforderungen sei das Ergebnis des Jahres 2023 „durchaus zufriedenstellend“. Eine ökonomische Herausforderung ist die hohe Inflation im letzten Jahr und den damit verbundenen Preissteigerungen, wodurch die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr erneut angestiegen sind. Die kombinierte Schaden- und Kostenquote (Combined Ratio) über sämtliche Schaden- und Unfallversicherungen hinweg nach Abwicklung verschlechterte sich um 3,4 Prozentpunkte auf insgesamt 98 %.

In der Kraftfahrtversicherung stiegen die Beitragseinnahmen um 4,1 % auf 30,3 Mrd. EUR. Gleichzeitig stiegen die Aufwendungen in diesem Versicherungszweig um 13,6 % im Vergleich zum Vorjahr auf 29,6 Mrd. EUR. Ein Grund für die gestiegenen Aufwendungen sind die durch die Inflation steigenden Kosten für Ersatzteile und Werkstatteleistungen.

In der Sachversicherung stiegen die gebuchten Bruttobeiträge um insgesamt 13,3 % auf 28,9 Mrd. EUR. Die Aufwände stiegen im vergangenen Jahr deutlich um 15,2 % auf 20,4 Mrd. EUR und liegen damit immer noch über dem Niveau der Aufwände im Jahr 2020 (15,4 Mrd. EUR), dem Jahr vor der Flutkatastrophe „Bernd“. Grund hierfür sind wiederum die durch die Inflation gestiegene Preise – in dem Fall für Baustoffe und Handwerkerleistungen.

Mit Blick auf die Allgemeine Haftpflichtversicherung rechnet der GDV mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 3,0 % auf 8,5 Mrd. EUR. Die Aufwände stiegen in diesem Versicherungszweig um 5,0 %.

Die Private Unfallversicherung verzeichnete nach ersten Berechnungen kein Beitragswachstum und stagniert (0,0 %) bei 6,6 Mrd. EUR, bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen (+2,0 %).

Ein im Vergleich zum Vorjahr geringeres Wachstum verzeichnete die Rechtsschutzversicherung (+2,5 %) mit Beitragseinnahmen in Höhe von 4,8 Mrd. EUR, wobei die Aufwendungen in der Rechtsschutzversicherung im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 % stiegen.

Ein überdurchschnittliches Beitragsplus (+8 %) hat die Transport- und Luftfahrtversicherung mit gebuchten Bruttobeiträgen in Höhe von 2,3 Mrd. EUR erreicht, nachdem die Branche mit weniger Corona-Beschränkungen zu kämpfen hat. Gleichzeitig stiegen die Aufwendungen in diesem Versicherungszweig um 12,0 % auf 1,4 Mrd. EUR an.

Ein ebenfalls deutliches Wachstum (+5,0 %) konnte der Versicherungszweig Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung mit gebuchten Bruttobeiträgen in Höhe von 2,3 Mrd. EUR verzeichnen. Gleichzeitig erzielt dieser Versicherungszweig den höchsten Anstieg der Aufwendungen (+44 %) auf 1,2 Mrd. EUR in der Schaden- und Unfallversicherung.

Geschäftsverlauf der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG

Bestandsentwicklung

Nach der Neuausrichtung der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG im Jahr 2019 und dem Erwerb des Insurtechs dentolo durch unsere Muttergesellschaft, die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), wurden im Jahr 2023 die Investitionen des Aktionärs in den Ausbau des Online-Geschäfts und den Aufbau neuer Geschäftsfelder fortgesetzt. Mit dem Start der Zahnzusatzversicherung im Jahr 2019 und der Tierkrankenversicherung im Jahr 2021 konnte das Produktportfolio gezielt um ertragreiche Geschäftsfelder ergänzt werden. Damit wurde die Grundlage geschaffen, die Abhängigkeit vom Kfz-Versicherungsmarkt weiter zu verringern.

Durch den Ausbau der Verträge in den neuen Geschäftsfeldern konnte der Bestandsrückgang im belasteten Kfz-Geschäft per Ende 2023 überkompensiert werden. In der Zahnzusatzversicherung gelang der Ausbau von 76,8 Tsd. auf 113,7 Tsd. Verträge. In der Tierkrankenversicherung ist nach Markteintritt im August 2021 zudem ein Bestandsaufbau im Jahr 2023 auf 56,6 Tsd. Verträge gelungen.

Der Bestand konnte mit insgesamt 1.387.842 Verträgen um +4,9 % gegenüber Vorjahr ausgebaut werden.

Beitragsentwicklung

Bei insgesamt höheren Durchschnittsbeiträgen im Bestand konnte der gebuchte Bruttobeitrag im Jahr 2023 um 8,1 % auf 308,7 Mio. EUR gesteigert werden. In den neuen Sparten Zahnzusatz und Tierkranken konnte entsprechend der Bestandsentwicklung auch ein erheblicher Beitragszuwachs erzielt werden. Der Bestand in der Sparte Zahnzusatz stieg auf mittlerweile 37,1 Mio. EUR; der gebuchte Bruttobeitrag des Jahres 2023 der Sparte betrug 30,9 Mio. EUR (Vj. 18,8 Mio. EUR). Der Bestand in der Sparte Tierkranken konnte auf 22,4 Mio. EUR aufgebaut werden; der gebuchte Bruttobeitrag des Jahres 2023 liegt bei 13,2 Mio. EUR (Vj. 2,6 Mio. EUR).

Von den 308,7 Mio. EUR gebuchtem Bruttobeitrag entfielen 245,7 Mio. EUR (79,6 %) auf die Kraftfahrtversicherung und 63,0 Mio. EUR (20,4 %) auf die übrigen Sparten. Der Anteil der profitableren übrigen Sparten konnte somit gegenüber dem Vorjahr wie beabsichtigt deutlich gesteigert werden (2022 Anteil übrige Sparten 14,2 %).

Schadenentwicklung

2023 gab es im Vergleich zu den durch die COVID-19-Pandemie geprägten Jahre einen Anstieg der Nettoschadenquote. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 80,3 % im Vorjahr auf 83,4 % (brutto von 81,2 % im Vorjahr auf 83,8 %). Der Anstieg ist insbesondere zurückzuführen auf das KFZ-Geschäft. Hier durch eine vor allem inflationsbedingte Erhöhung der Schadendurchschnitte und eine besondere Belastung aus Elementarschäden. Die Schadenstücke sind ebenfalls gestiegen, lagen aber weiter unter dem Niveau vor Beginn der Pandemie. Ein im Vergleich zum Vorjahr besserer Verlauf war bei der Großschadenentwicklung und dem Abwicklungsergebnis zu verzeichnen. Kompensierend wirkte auch der geänderte Spartenmix/der höhere Anteil des Geschäfts außerhalb von KFZ in Verbindung mit den hier niedrigeren Schadenquoten.

Kostenentwicklung

Die Nettokostenquote bezogen auf Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb stieg von 39,1 % im Vorjahr auf 42,5 % (brutto von 29,4 % im Vorjahr auf 32,6 %). Neben einem inflationsbedingten Anstieg der Kosten wurden weiter gezielte Investitionen im Rahmen der Neuausrichtung des Unternehmens und zur Neugeschäftsgewinnung - v. a. zum Ausbau des Zahnzusatz- und Tierkrankengeschäfts - getätigt. Die Investitionen in den Ausbau der neuen Geschäftsfelder führen zu im Direktvertrieb marktüblichen Anfangsverlusten, die sich jedoch durch zukünftig erwartete Ergebnisbeiträge der neuen Sparten schnell rechnen. Durch diese Investitionen soll u. a. die Abhängigkeit von den belasteten Kraftfahrt-Sparten verringert und langfristig die Ertragskraft des Unternehmens gesteigert werden.

Leistungskennziffern

Die wesentlichen finanziellen Leistungskennziffern für unsere Gesellschaft sind die Beitragsentwicklung, die Schadenquote und die Kostenquote.

	2023 %	2022 %
Beitragswachstum (brutto)	8,1	1,9
Schadenquote (netto)	83,4	80,3
Kostenquote (netto)	42,5	39,1
Technische Ergebnisquote (netto)	-25,9	-19,4

Neben diesen wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren gab es unverändert zum Vorjahr keine wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung waren.

Geschäftsverlauf der Versicherungszweige im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

In den Kraftfahrtversicherung-Sparten konnte das Unternehmen durch höhere Durchschnittsbeiträge, trotz Rückgang bei den Vertragsstückzahlen, insgesamt ein leichtes Beitragswachstum von 0,3 % auf 245,7 Mio. EUR verzeichnen. Vor allem inflationsbedingt gab es einen weiteren Anstieg der Schadendurchschnitte, die neben einer leicht gestiegenen Schadenhäufigkeit zu einem Anstieg der Nettoschadenquoten führten. Zudem wirkten höhere Elementarschadenaufwände belastend.

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 0,4 % auf 156,1 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 78,9 % im Vorjahr auf 87,9 %. Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 5,6 Mio. EUR schloss die Sparte netto mit einem versicherungstechnischen Verlust von 6,9 Mio. EUR ab.

Der gebuchte Bruttobeitrag in der Kraftfahrzeug-Vollversicherung stieg um 1,9 % auf 72,2 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 102,4 % im Vorjahr auf 119,7 %. Die Sparte schloss nach Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 6,2 Mio. EUR netto mit einem versicherungstechnischen Verlust von 9,1 Mio. EUR ab und beinhaltet im Geschäftsjahr die Aufwendungen für die Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 0,4 Mio. EUR.

Der gebuchte Bruttobeitrag in der Kraftfahrzeug-Teilversicherung lag mit 17,5 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 85,7 % im Vorjahr auf 97,1 %. Nach Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 0,7 Mio. EUR schloss die Sparte netto mit einem versicherungstechnischen Verlust von 2,9 Mio. EUR ab.

Der gebuchte Bruttobeitrag in der Zahnzusatzversicherung lag bei 30,9 Mio. EUR. Damit konnte ein erheblicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 64,2 % erreicht und die Abhängigkeit von den Kraftfahrt-Sparten weiter reduziert werden. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung lag bei 47,4 % (Vorjahr 37,0 %). In Zusammenhang mit den geplanten Investitionen in den Bestandsausbau weist die Sparte einen versicherungstechnischen Verlust von 1,8 Mio. EUR aus.

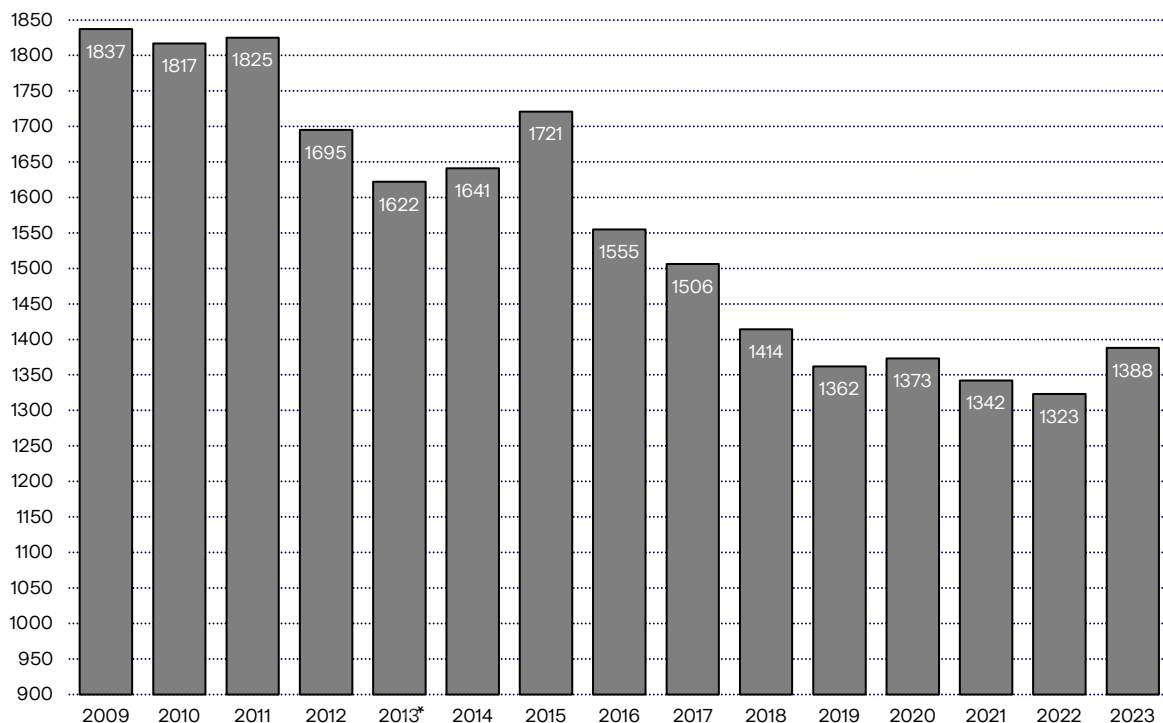
In der Sachversicherung (Hausrat, Wohngebäude, Glas, Tierkranken) stieg der gebuchte Bruttobeitrag durch den Ausbau der Tierkrankenversicherung sehr stark um 157,3 % auf 17,4 Mio. EUR; dies ebenfalls einhergehend mit dem Ziel den Bestand außerhalb der Kraftfahrt-Sparten zu stärken. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 50,5 % im Vorjahr auf 57,6 %. Insgesamt schloss der Sachversicherungszweig, aufgrund der geplanten Anlaufkosten für den Bestandsaufbau Tierkranken, mit einem versicherungstechnischen Nettoverlust von 12,2 Mio. EUR.

In der Rechtsschutzversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 2,3 % auf 6,5 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 56,5 % im Vorjahr auf 47,5 %. Die Sparte schloss nach einer Zuführung in die Schwankungsrückstellung von 1,4 Mio. EUR netto mit einem versicherungstechnischen Verlust von 0,6 Mio. EUR und beinhaltet im Geschäftsjahr die Aufwendungen für die Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 0,1 Mio. EUR.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 1,8 % auf 4,2 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 55,6 % im Vorjahr auf 46,2 %. Der versicherungstechnische Gewinn betrug 0,2 Mio. EUR.

In der Unfallversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 3,6 % auf 2,9 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 22,5 % im Vorjahr auf 39,2 %. Der versicherungstechnische Nettogewinn betrug 0,6 Mio. EUR.

In der Verkehrs-Service-Versicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 4,8 % auf 1,1 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 145,9 % im Vorjahr auf 135,4 %. Der versicherungstechnische Verlust betrug 1,0 Mio. EUR.



Entwicklung des Versicherungsbestandes in Tsd. Stück

* Durch geänderte Zählweise im Jahr 2013 um ca. 12 Tsd. AU-Verträge erhöht. Es wird seit diesem Jahr die BaFin-Spartenansicht angewendet. In der Sparte Unfall werden alle versicherten Personen gezählt.

Kapitalanlageergebnis

Der Kapitalanlagebestand zu Bilanzwerten sank im Jahr 2023 von 251,8 Mio. EUR auf 242,1 Mio. EUR. Die stillen Nettolasten sanken von -31,9 Mio. EUR auf -21,4 Mio. EUR.

Die Nettokapitalanlageerträge lagen 2023 bei 3,4 Mio. EUR (Vorjahr: 0,9 Mio. EUR) und führten zu einer Nettoverzinsung von 1,36 % (Vorjahr: 0,34 %). Die realisierten Gewinne lagen 2023 bei 30 Tsd. EUR nach 59 Tsd. EUR im Vorjahr. Der Anstieg der Nettokapitalanlageerträge und der Anstieg der Nettoverzinsung im Vergleich zum Vorjahr lag im Wesentlichen an höheren Erträgen aus konzerninternen Liquiditätshilfen und dem Rückgang der außerordentlichen Abschreibung auf den Wertpapierspezialfonds. Im Geschäftsjahr wurde eine Zuschreibung auf den Wertpapierspezialfonds durchgeführt, wohingegen im Vorjahr eine außerordentliche Abschreibung auf den Wertpapierspezialfonds vorgenommen wurde.

Vermögens- und Finanzlage

Die gesamten Aktiva beliefen sich am Bilanzstichtag auf 310,664 Mio. EUR (Vorjahr: 308,502 Mio. EUR). Die Kapitalanlagen reduzierten sich von 251,802 Mio. EUR auf 242,102 Mio. EUR und stellen somit einen Anteil von 77,9 % der Aktiva (Vorjahr: 81,6 %). Die Forderungen betragen zum Stichtag 60,833 Mio. EUR (Vorjahr: 51,107 Mio. EUR) und der Anteil an der Gesamtkтива belief sich hiermit auf 19,6 % (Vorjahr: 16,6 %). Die übrigen Aktivposten erhöhten sich von 5,593 Mio. EUR im Vorjahr auf 7,729 Mio. EUR im Geschäftsjahr (Anteil an der Aktiva im Geschäftsjahr 2,5 %, im Vorjahr 1,8 %).

Die Höhe des Eigenkapitals bleibt aufgrund des mit der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages unverändert bei 47,008 Mio. EUR. Die versicherungstechnischen Rückstellungen verringerten sich um 0,2% und betragen zum Jahresende 234,406 Mio. EUR nach 234,856 Mio. EUR im Vorjahr. Der Gesamtanteil an der Passiva betrug damit im Geschäftsjahr 75,5 % (Vorjahr: 76,1 %). Die übrigen Passivposten erhöhten sich im Geschäftsjahr auf 21,657 Mio. EUR (Vorjahr: 19,230 Mio. EUR).

Die Liquidität des Unternehmens wird laufend geprüft und Planungen monatlich aktualisiert. Es bestanden während des Geschäftsjahres jederzeit ausreichend liquide Mittel.

Gesamtergebnis

Mit den geplanten Investitionen des Aktionärs in den Aufbau der ertragreichen Geschäftsfelder und in das Digitalgeschäft schloss das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung mit einem Verlust von 44,812 Mio. EUR (Vorjahr: Verlust 26,150 Mio. EUR). Das Ergebnis beinhaltet die Aufwendungen für die erstmalige Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe von 0,516 Mio. EUR. Nach Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 11,145 Mio. EUR (Vorjahr: Entnahmen 4,248 Mio. EUR) ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 33,667 Mio. EUR (Vorjahr: Verlust 21,902 Mio. EUR). Im Rahmen des Investitionsprogramms und der direkten Kostenwirkung nach HGB hatte das Unternehmen bereits einen Verlust in der Ergebnis-Planung des Geschäftsjahres 2023 berücksichtigt. Einhergehend mit dem beschleunigten Beitragswachstum sind die Anlaufverluste in Verbindung mit dem Vertrieb der neuen Produkte gestiegen, die sich jedoch aufgrund zukünftig erwarteter Ergebnisbeiträge schnell amortisieren werden. Zusätzlich belastend wirkte vor allem der marktweite inflationsbedingte Anstieg der Schadendurchschnitte und höhere Aufwände aus Elementarschäden in den Kraftfahrt-Sparten.

Das nichtversicherungstechnische Ergebnis verzeichnete einen Verlust von 3,893 Mio. EUR (Vorjahr: Verlust 5,580 Mio. EUR). Wesentliche Ursache hierfür ist ein gegenüber dem Vorjahr höheres Nettoergebnis aus Kapitalanlagen von 2,753 Mio. EUR (Vorjahr: 0,300 Mio. EUR). Das außerordentliche Ergebnis betrug 0,914 Mio. EUR und steht nahezu ausschließlich in Verbindung mit Aufwendungen aus dem aufgelegten Restrukturierungsprojekt. In den sonstigen Steuern ergab sich ein Ertrag von 0,059 Mio. EUR. Damit ergab sich ein Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 38,416 Mio. EUR (Vorjahr: Verlustübernahme 28,334 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) übernommen.

Zum Bilanzstichtag wurden aus der Kapitalrücklage 2,850 Mio. EUR entnommen und in den Bilanzgewinn übertragen.

Aufgrund des Investitionsprogramms und der direkten Kostenwirkung nach HGB hatte das Unternehmen bereits einen Verlust in der Ergebnis-Planung des Geschäftsjahres 2023 berücksichtigt. Einhergehend mit dem Beitragswachstum waren auch die Aufwände höher. Zusätzlich belastend wirkte ein vor allem inflationsbedingter Anstieg der Schadendurchschnitte und höhere Aufwände aus Elementarschäden in den Kraftfahrt-Sparten.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich zu agieren, hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist. In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft aus der Geschäftsstrategie die Risikostrategie abgeleitet, das Risikotragfähigkeitskonzept entsprechend definiert und ein Limitsystem im Sinne eines Frühwarnsystems eingerichtet. Darüber hinaus ist das Governance-System mit seinen Schlüsselfunktionen und Funktionstrennungen so aufgebaut, dass es das Risikomanagement unterstützt.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit der langfristigen und nachhaltigen Existenzsicherung der Gesellschaft. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt die Gesellschaft die Optimierung ihrer Risikolage, d. h. eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt die Gesellschaft die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Durch die regelmäßige Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet die Gesellschaft ihr Risikopotenzial und steuert bei Bedarf gegen. Überschreiten die Analyseergebnisse den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit werden anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus wird durch entsprechende Prozesse gewährleistet, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und ist in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland und dessen Aufbauorganisation integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegt dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß des Jahresplans wird unter anderem in Workshops mittels verschiedener Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, so dass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Darüber hinaus wird durch das implementierte Limitsystem der vom Vorstand definierte Risikoappetit operationalisiert und durch entsprechende Risikokennzahlen die Risikotragfähigkeit überwacht. Durch risikopolitische Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden, soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risikoreporting dargestellt. Das zentrale Risikomanagement agiert dabei als unabhängige Risikocontrollingfunktion.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Gesellschaft behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorständen besetztes Gremium auf Holding-Ebene regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation der Zurich Gruppe Deutschland und beschließt - erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Gesellschaft - Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement soll dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen bewirken. Zudem werden spezielle Risikobelange hinsichtlich der Kapitalanlage oder Sicherheitsthemen in verschiedenen Untergremien betrachtet.

Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell betreffen die maßgeblichen Risiken der Gesellschaft die versicherungstechnischen Risiken, Risiken aus der Kapitalanlage, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, operationelle Risiken und sonstige Risiken und werden im Folgenden dargestellt.

Chancen und Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG bietet ihren Kunden ein umfassendes Angebot von Versicherungsleistungen sowohl über den reinen Direkt-Onlinevertriebsweg als auch über ihr Berater-Netzwerk an. Entscheidet sich ein Kunde für eine Beratung über einen Makler, so eröffnet ihm die Gesellschaft diesen Weg über deren Verbindungen zu Maklerpools. Mit diesem Geschäftsmodell wird angestrebt, den Entwicklungen des Marktes, dem sich ständig verändernden Versicherungsbedarf, technischen Weiterentwicklungen sowie rechtlichen Veränderungen gerecht zu werden. In der über viele Zugangswege kundenzentrierten Organisation sowie mit Ihrem preisgünstigen und leistungsstarken Versicherungsangebot sieht die Gesellschaft die Voraussetzungen erfüllt, den Markt- und Kundenbedürfnissen nachzukommen. Mit dieser strategischen Ausrichtung sieht sich die Gesellschaft am Versicherungsmarkt hervorragend aufgestellt an den Chancen, die sich aus dem wachsenden digitalen Direktmarkt für Versicherungen ergeben, zu partizipieren.

Die dynamische Entwicklung technologischer Trends in Vertrags-, Schaden- und Kalkulationsthemen (Digitalisierung) beobachtet die Gesellschaft mit besonderem Interesse; Ziel dabei ist, die sich hier bietenden neuen Technologien dort einzusetzen, wo es dem Kunden- und Unternehmensinteresse maximal dient. So wird beispielsweise das Kundenportal stetig weiter ausgebaut und den Kunden werden zusätzliche Onlineservices angeboten. Neben einer Verbesserung der Kosteneffizienz, ergibt sich daraus auch die Chance die Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zu erhöhen.

Im Schadenfall profitiert die Gesellschaft von der Einbindung in das Verbundnetz der Muttergesellschaft Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland).

In der Erneuerung bzw. Weiterentwicklung der mit der Zurich Gruppe Deutschland gemeinsam genutzten Angebots-, Verwaltungs- und Leistungssysteme werden Chancen erkannt. Die Gesellschaft erwartet dadurch eine deutlich höhere Produktivität, die genutzt werden soll, um das im Direktgeschäft so entscheidend wichtige Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kunden weiter zu verbessern.

Darüber hinaus werden für das Geschäft relevante Trends und Weiterentwicklungen, beispielsweise im Fahrzeugmarkt, aus denen sich sowohl Chancen als auch Risiken für die Gesellschaft ergeben können, beobachtet. In diesem Zusammenhang sei das autonome Fahren zu nennen. Aktuell wird damit gerechnet, dass das autonome Fahren in näherer Zukunft hauptsächlich von kommerziellen Anbietern statt von unserer Zielgruppe, den Privatpersonen, genutzt wird. Jedoch ergeben sich Chancen aus einem vermehrten Einsatz von Fahrerassistenz-Technologien, die dem Anstieg der Schadensummen entgegenwirken können.

Mit dem Einstieg in die Zahnzusatzversicherung in 2019 und in die Tierkrankenversicherung in 2021 wurde die Produktpalette der Gesellschaft erweitert. Aus beiden Sparten wird perspektivisch ein positiver Ergebnisbeitrag erwartet. Zudem sieht die Gesellschaft durch die Produktdiversifikation die Chance, die Abhängigkeit vom Kfz-Versicherungsmarkt und dem hier vorherrschenden Preiswettbewerb zu verringern.

Versicherungstechnische Risiken bestehen darin, dass die tatsächlichen Entschädigungsleistungen für die vertraglich übernommenen Risiken die hierfür prognostizierten Schadenzahlungen übersteigen. Auslöser dafür können Änderungs-, Zufalls- und Irrtumsrisiken sein. So kann es zu einer für uns nachteiligen Abweichung vom Erwartungswert für Schadenzahlungen kommen, wenn sich das Schadengeschehen, die Rahmenbedingungen wie ein Anstieg der Inflationsraten oder die Verhaltensweisen der Versicherten im Zeitablauf ändern. Ebenfalls kann ein zufallsbedingtes Ansteigen der Schadenleistungen oder aber irrtümlich der Kalkulation zugrunde gelegte Annahmen diese Risiken eintreten lassen.

Die Gesellschaft begegnet diesen Risiken unter anderem dadurch, dass über eine Vielzahl von Maßnahmen eine angemessene Risikodiversifikation angestrebt wird. Hierunter fällt insbesondere die Vorgabe detaillierter Zeichnungsrichtlinien, die risikoadäquate Prämienkalkulation sowie die ausreichende Bemessung der Schaden- und Rentenreserven.

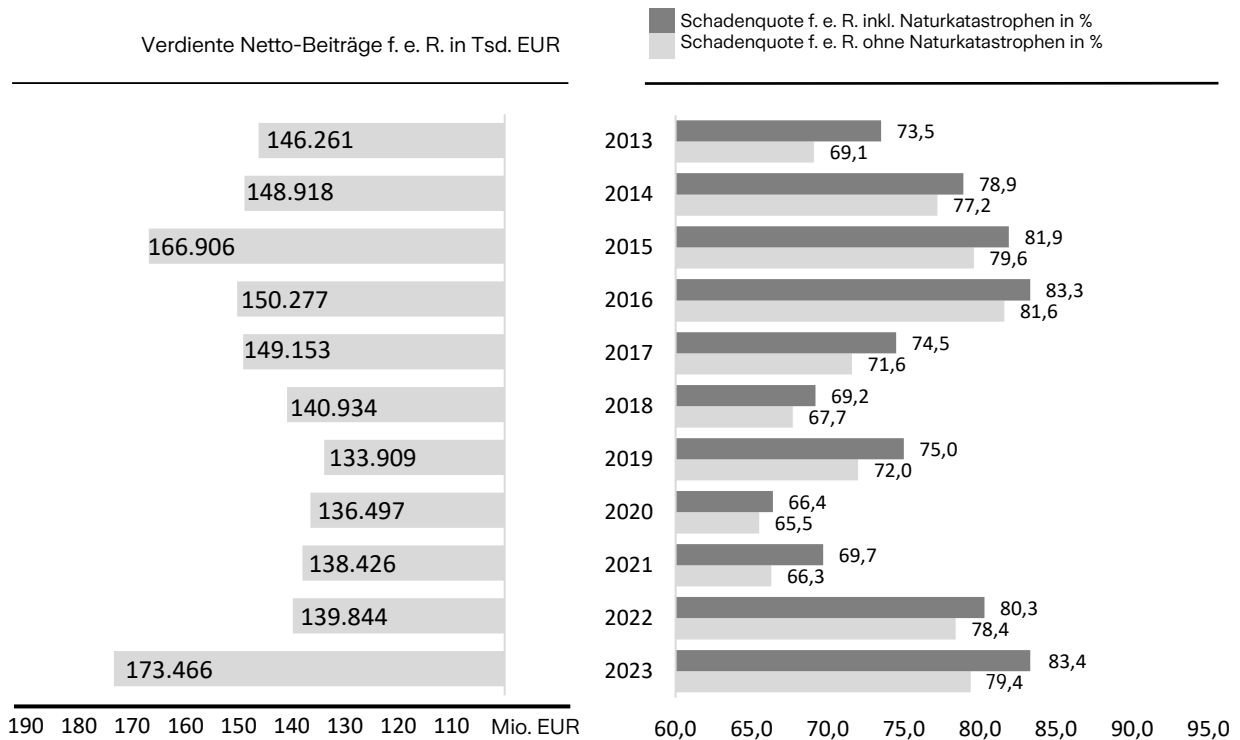
Zur Bestimmung der Risiken aus Naturkatastrophen und Großrisiken einschließlich Kumulrisiken werden verschiedenste Modellertechniken und Szenarioberechnungen genutzt. Durch die regionale Streuung des Geschäfts in Deutschland werden keine besonderen Kumulrisiken erwartet.

Das mögliche Schadenpotenzial der Bestände reduziert die Gesellschaft mit Rückversicherungsverträgen, die an dem zur Verfügung stehenden Risikokapital ausgerichtet sind. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Virtuos Circle Treffen beurteilen die Bereiche Underwriting, Schaden, Finanzen, Pricing, Reserving und Risikomanagement gemeinsam die tatsächlichen und zukünftig zu erwartenden Schadenaufwendungen. In regelmäßigen Bestandsanalysen und einem intensivem Schaden-Controlling sieht die Gesellschaft die Voraussetzung, etwaige ungünstige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Diese können z. B. Anpassungen der Versicherungsbedingungen, Prämien oder die Vereinbarung von Selbstbehalten beinhalten.

Auf folgendes versicherungstechnische Einzelrisiko wird hingewiesen:

Marktentwicklungen sowie rechtliche und insbesondere medizinische Entwicklungsfortschritte können zu erhöhtem Reserveaufwand im Personenschadenbereich führen. Dem wird durch eine stete Beobachtung und einer entsprechend bedarfsgerechten Berücksichtigung in den Preisen entgegengewirkt.

Die Netto-Schadenquoten (Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen für eigene Rechnung) haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:



In der folgenden Übersicht sind unsere Abwicklungsergebnisse für eigene Rechnung in Prozent der Eingangsschadenrückstellungen inklusive Renten dargestellt:

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
6,4 %	1,5 %	1,0 %	-1,0 %	5,6 %	9,2 %	7,7 %	5,8 %	7,0 %	5,7 %	6,7 %

Die Schadenrückstellung bezieht sich hierbei auf bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle inklusive Schadenregulierungsaufwänden. Die Gesellschaft erachtet die zum Bilanzstichtag gestellten Reserven als ausreichend.

Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Ausgangspunkt für die Ausarbeitung der Kapitalanlagestrategie ist die umfassende Analyse der versicherungstechnischen Verpflichtungen der Gesellschaft. Darauf aufbauend wird im Rahmen der Risikomodelle die Risikotragfähigkeit ermittelt und die dazu passende Anlagestrategie unter Berücksichtigung weiterer Szenarioanalysen abgeleitet. Hierbei erfolgt, unter Einbeziehung des globalen Kapitalmarkt-Know-hows der Zurich Insurance Group, eine sorgfältige und umfassende Analyse des volkswirtschaftlichen Umfeldes, der Fundamentaldaten und technischen Lage der Kapitalmärkte sowie der damit verbundenen Risiken. Ziel ist es, überdurchschnittliche risikoadjustierte Renditen bei gleichzeitig möglichst stabilen Ergebnissen im Zeitablauf zu erhalten.

Ein weiteres Kernelement bei Investitionsentscheidungen ist die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfragen sowie einer guten Unternehmensführung. So werden zum Beispiel keine Investitionen in Unternehmen, die geächtete Waffen wie Streubomben und Landminen produzieren, lagern, verteilen oder verkaufen, vorgenommen. Außerdem werden keine Neuinvestitionen in Unternehmen, welche mehr als 30 % ihrer Erträge durch die Förderung von Kohle, Ölsanden und Ölschiefer erwirtschaften oder mehr als 20 Mio. Tonnen Kohle pro Jahr fördern sowie solche, die mehr als 30 % ihres Stroms mit Kohle produzieren, getätigt. Generell werden bei der Analyse einzelner Investitionen nicht nur ihre finanziellen Kennzahlen untersucht, sondern auch die Leistung im Hinblick auf ESG-Faktoren betrachtet. Die Ergebnisse fließen in die Entscheidung über den Erwerb oder die Veräußerung von Vermögenswerten ein. Grundsätzlich wird über diesen Ansatz das Ziel verfolgt, jene Unternehmen zu identifizieren, die voraussichtlich langfristig nachhaltig und erfolgreich sind.

Sowohl mit der bestehenden Kapitalanlagestrategie als auch mit dem Kapitalanlageprozess sieht sich die Gesellschaft gut aufgestellt, um auch an zukünftigen Ertragschancen am Kapitalmarkt angemessen partizipieren zu können.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich im Wesentlichen in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrundeliegenden Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Wechselkursrisiken unterschieden, wobei für die Gesellschaft nur die Zinsänderungsrisiken relevant sind. Weder Aktien noch Immobilien sind im Anlageportfolio enthalten; bestehende Fremdwährungsbestände innerhalb der zinssensitiven Anlagen sind vollständig währungsgesichert.

Das Zinsänderungsrisiko wird durch die Festlegung von Anlagerichtlinien, einem Limitsystem, einer risikoaversen Mischung und Streuung der Anlagen sowie durch Asset-Liability-Analysen kontinuierlich überwacht und gesteuert. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden regelmäßig anhand von Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand einer Erhöhung bzw. Absenkung der Zinskurve um jeweils absolut +/- 1 % ergibt bei einer durchschnittlichen Zinssensitivität von 5,5%, gemessen anhand der modifizierten Duration, eine Reduktion bzw. einen Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen um +/- 12,2 Mio. EUR.

Bonitätsrisiko

Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) beziehungsweise eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

Rating	Anteil in %
AAA	47
AA+, AA, AA-	29
A+, A, A-	12
BBB+, BBB, BBB-	12

Der Anteil von Staats- und Länderanleihen im Anleiheportfolio beträgt dabei ca. 46 %, gefolgt von Pfandbriefen mit 29 % und Unternehmensanleihen mit 25 %.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können.

Über die im Anlageprozess integrierte Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass das Anlageportfolio möglichst passgenau in Bezug auf die prognostizierten Leistungsauszahlungen abgestimmt ist. Zudem wird die Liquiditätsplanung kontinuierlich an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst. Um auch unerwartete Liquiditätserfordernisse bedienen zu können, berücksichtigt das Kapitalanlagenmanagement insgesamt die Marktgängigkeit der Kapitalanlagen.

Diese wird zudem regelmäßig im Rahmen eines Liquiditätstests gegen definierte Risikoereignisse in unserem Versicherungsbestand geprüft. Die Ergebnisse attestieren der Gesellschaft eine ausreichende Liquidität.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Unter Forderungsausfallrisiken im Versicherungsgeschäft wird das Risiko verstanden, dass eine ausstehende Forderung gegenüber einem Versicherungsnehmer, Versicherungsvermittler oder Rückversicherer nicht vereinnahmt werden kann.

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft unter anderem mit der systematischen Überwachung ihrer Forderungsbestände sowie der rechtzeitigen Einleitung von Maßnahmen zur Wahrung der Ansprüche bei überfälligen Forderungen.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler mit einer Fälligkeit älter als 90 Tage beliefen sich zum Bilanzstichtag auf rund 512 Tsd. EUR (Vorjahr: 69 Tsd. EUR). Dies entspricht einer Außenstandsquote von 0,17 % (Vorjahr: 0,02 %) des Jahresumsatzes. Im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre ergibt sich ein pauschaler Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen

gegenüber Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler in Höhe von 78 Tsd. EUR (Vorjahr: 81 Tsd. EUR). Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre beträgt 0,7 % (Vorjahr: 0,8 %).

Der Forderungsbetrag gegenüber Rückversicherer beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 1,0 Mio. EUR). Bei der Auswahl der Rückversicherer, mit denen die Gesellschaft zusammenarbeitet, wird streng auf deren Bonität geachtet und deren Finanzsituation ständig im Blick behalten. Die Rückversicherung wird derzeit nahezu ausschließlich innerhalb der Zurich Insurance Group platziert.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen.

Diese Risiken können zum einen originär in der Gesellschaft anfallen und zum anderen – da die Gesellschaft ihre Geschäftsprozesse im Wesentlichen ausgelagert hat – indirekt auf die Gesellschaft über die verschiedenen für sie tätigen Dienstleister einwirken. Die Gesellschaft arbeitet vor allem mit Zurich-internen Dienstleistern zusammen, die ihrerseits in Teilen unmittelbar oder mittelbar mit externen Dienstleistern zusammenarbeiten können.

Insgesamt begegnet die Gesellschaft den operationellen Risiken mit einer Vielzahl eng miteinander vernetzter Instrumente und Aktivitäten des von der Gesellschaft adaptierten Rahmenwerkes der Zurich, welches sich auch auf die für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Dienstleister erstreckt.

Den Ausgangspunkt bilden dabei vom zentralen Risikomanagement der Zurich gesteuerte, systematische Verfahren, die regelmäßig die Identifikation, Bewertung und Steuerung von operationellen Risiken auf Ebene der für die Gesellschaft tätigen Zurich-internen Fachbereiche sowie auf Gesellschaftsebene vorsehen.

Als wesentliche Schutzvorrichtung vor operationellen Risiken dient der Gesellschaft ein internes Kontrollsystem, das eigens auf die Reduktion von Risiken ausgerichtet ist, die den Geschäfts- und Finanzprozessen grundsätzlich immanent sind. Hierbei wird auch fehlerhaften Bearbeitungen oder dolosen Handlungen vorgebeugt, z. B. durch Stichprobenkontrollen, Vier-Augen-Prinzip sowie diversen Berechtigungs- und Vollmachtenregelungen. Im Quartalsrhythmus erfolgt für wesentliche Prozesse eine Überprüfung durch die jeweiligen Fachbereiche hinsichtlich Angemessenheit und Effektivität der wesentlichen Kontrollen.

Cyberangriffe gegen Versicherungen sowie insbesondere gegen ihre Dienstleister nehmen stetig zu; eine Exponierung ist daher dauerhaft gegeben. Solche Cyberrisiken sowie auch Ausfallrisiken geschäftskritischer Systeme und Anwendungen sollen unter anderem durch dedizierte Vorkehrungen, wie z. B. redundante Systeme und umfangreiche Datensicherungsverfahren, die auch im Katastrophenfall eine Wiederherstellung kritischer Infrastruktur, der Systeme, Anwendungen und Daten sicherstellen sollen, minimiert werden.

Antivirenprogramme, Firewalls und Verschlüsselungstechniken sowie Berechtigungssysteme sollen eine wirksame Abwehr von Angriffen von innen und außen darstellen und tragen damit wesentlich zum Schutz vertraulicher Daten vor dem Zugriff durch Unbefugte bei. Umfangreiche Testverfahren für neue und geänderte Anwendungen reduzieren die Fehlerhäufigkeit in der Produktion. Besonders schützenswerte und von „außen“ erreichbare Systeme sind zusätzlich zu internen Maßnahmen gegen Digital Denial of Service (DDoS) Angriffe geschützt. Aus einer ständigen Überwachung der Systeme und Auswertung der Fehlersituationen heraus sollen kontinuierlich Verbesserungsmaßnahmen mit dem Ziel der Fehlerminimierung abgeleitet und umgesetzt werden. Insbesondere wird auch bei den erfolgten Auslagerungen der Bereiche Netz/Telefonie, elektronischer Arbeitsplatz (Service) und IT Operations gewährleistet, dass die relevante Infrastruktur stets auf dem neuesten Stand ist und der Support immer in hinreichendem Umfang bereitgestellt werden kann.

Einen weiteren wichtigen Baustein zur Absicherung der Gesellschaft vor operationellen Risiken stellt das Business Continuity Management der Zurich dar, in das unsere Gesellschaft integriert ist. Hierbei werden zur Begegnung von Risiken aus externen Ereignissen, wie z. B. Katastrophenfällen infolge von Feuer oder Naturkatastrophen, für alle kritischen Prozesse der Gesellschaft Notfallpläne für eine möglichst baldige Wiederherstellung des Geschäftsbetriebes entwickelt. Auch regelmäßige Aktualisierungen sowie Tests dieser Pläne sollen dazu beitragen, das Risiko längerer Geschäftsunterbrechungen infolge von solchen Ereignissen zu reduzieren.

Die sich mit Auslagerungen ergebenden operationellen Risiken werden ebenfalls durch ein systematisches und konsequentes Management der externen Dienstleister beziehungsweise der erbrachten Dienstleistungen inkl. Überwachung und erforderlichenfalls frühzeitige Eskalation gesteuert.

Im Bereich der operationellen Risiken wurden keine isolierten Nachhaltigkeitsrisiken identifiziert. Jedoch können Risiken bezüglich der nicht fristgerechten Einhaltung von gesetzlichen oder regulatorischen Vorgaben (z. B. Datenschutzerfordernungen, IT-Sicherheitsanforderungen) auch negative Auswirkungen auf die festgelegten ESG-Ziele nach sich ziehen.

Rechtsrisiken

Ferner versuchen die DA und die Zurich-internen Dienstleister die Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie nachteilige Auslegungen durch Gerichte zählen, durch ständige Beobachtung des Branchenumfeldes frühzeitig zu identifizieren.

Sonstige Risiken

Hierunter werden insbesondere Konzentrationsrisiken, Strategische Risiken und Reputationsrisiken verstanden. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass die Gesellschaft einzelne Großrisiken oder stark korrelierte Risiken eingeht. Strategische Risiken sind Risiken, die sich vor allem aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergeben bzw. einen strategischen Bezug haben, wie beispielsweise das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht schnell genug einem sich verändernden Wirtschaftsumfeld angepasst werden könnten. Reputationsrisiken entstehen wiederum aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z.B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden).

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft, indem sie die makroökonomische Wirtschaftslage intensiv beobachtet, analysiert und mittels verschiedener Szenarien prognostiziert und in die Gesamtplanung einfließen lässt. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass sie mit der konsequenten Fortsetzung operativer Verbesserungen, der kontinuierlichen Ausrichtung des Geschäftsmodells an den Marktentwicklungen, strikter Finanzdisziplin, einem ausgewogenen Produktangebot sowie einem intensiven Monitoring und Controlling der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, gerüstet ist, ihre Position als kundenorientierter Versicherer mit ansprechendem Preis-Leistungs-Verhältnis aufrechtzuerhalten.

Aktuell sieht die Gesellschaft weiterhin als wesentliches Risiko die Gefahr überplanmäßiger Schadenaufwände und Kosten sowie eines verlangsamten Wirtschaftswachstums aufgrund der makroökonomischen Lage und einer dadurch anhaltenden bzw. eines Wiederanstiegs der Inflation. Dieses Risiko kann insbesondere durch eine adäquate Preisgestaltung vermindert werden.

Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Die deutsche Wirtschaft sah sich 2023 durch mehrere Krisenfaktoren, wie geopolitische Konflikte, steigende Inflation und Zinsen sowie die Cyber-Kriminalität als systematisches Risiko, belastet. Die DA beobachtet diese Risiken, die gesellschaftlichen Entwicklungen, die verantwortungsvolle Unternehmensführung sowie die Megatrends, wie z. B. die Digitalisierung oder die Nachhaltigkeitsziele der UN zu Umwelt- und Klimaschutz.

Auf solche Herausforderungen reagiert die Gesellschaft mit unternehmerischen Maßnahmen und versucht dabei ihre Chancen auskömmlich zu nutzen. Hierzu soll weiterhin die Erweiterung digitaler Fähigkeiten zum Ausbau des Online-Geschäfts beitragen sowie der Eintritt in weitere profitable Märkte.

Dabei besteht das Risiko, dass Inflationseffekte negative Auswirkungen auf die strategischen Ziele oder die Versicherungstechnik nach sich ziehen können oder dass ein erhöhter Reserveaufwand im Personenschadenbereich auftreten kann, welcher durch die Annahmen nicht oder nur teilweise abgedeckt ist. Eine besondere Herausforderung bleibt hierbei die medizinische Inflation. Diese Risiken sollen mit den bestehenden und auf den Weg gebrachten Maßnahmen ausreichend abgedeckt werden. Eine dauerhafte Risiko-Exponierung besteht außerdem hinsichtlich Cyberrisiken; die DA versucht diese durch dezidierte Vorkehrungen sowohl auf Gesellschafts- als auch auf Konzernebene zu minimieren.

Zusammenfassend sieht die Gesellschaft unter Berücksichtigung der ergriffenen Maßnahmen derzeit keine Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der bestandsgefährdend beeinträchtigen könnten.

Dennoch sind die getroffenen Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung unter dem Vorbehalt zu sehen, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus geopolitischen Entwicklungen oder aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der Solvency II-Standardformel, wobei die Gesellschaft die aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen erfüllt. Der jährlich veröffentlichte Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unserer Gesellschaft informiert entsprechend der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben über die Kapitalisierung und Risikolage gemäß Solvency II.

Prognosebericht

Deutschland – Ausblick 2024

Laut aktuellem Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein starker Rückgang der Wirtschaftsleistung ausgeblieben. Für das Jahr 2024 ist mit einer langsam erholenden Gesamtwirtschaft zu rechnen, wobei es an Impulsen für einen Wachstumspfad fehlt. Trotz der nach wie vor bestehenden Unsicherheiten resultierend aus dem Krieg in der Ukraine und Israel und deren wirtschaftlichen Folgen, der schwachen Entwicklung der Weltwirtschaft und den anhaltend hohen Energie- und Verbraucherpreisen, geht der Sachverständigenrat davon aus, dass das BIP im Jahr 2024 um 0,7 % wächst.

Im kommenden Jahr rechnet der Sachverständigenrat mit einer sinkenden, aber dennoch erhöhten Verbraucherpreisinflation, getrieben durch hohe Energie- und Nahrungsmittelpreise. Der Sachverständigenrat rechnet für das kommende Jahr mit einem Fall der Verbraucherpreise auf 2,6 % und ist der Ansicht, dass sich die Inflationsentwicklung normalisiert und das 2,0 % Ziel näher rückt. Es ist nach Einschätzung des Sachverständigenrates davon auszugehen, dass sich die steigenden Arbeitseinkommen und höheren monetären Sozialleistungen die privaten Konsumausgaben positiv beeinflussen werden und für einen leichten Anschlag sorgen. Für 2024 prognostiziert der Sachverständigenrat ein Wachstum von 3,1 % der real verfügbaren Einkommen und eine daraus resultierende stabilisierende privaten Konsumnachfrage. Entlastungsmaßnahmen des Staates werden überwiegend Haushalten mit niedrigem Einkommen helfen, die kaum Möglichkeiten haben, ihr Sparverhalten anzupassen. Stabilisierend werden voraussichtlich ein Rückgang der Inflationsraten und Lohnerhöhungen wirken. Trotz preisdämpfender staatlicher Maßnahmen ist damit zu rechnen, dass dies die binnenwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2024 belasten wird. Der Arbeitsmarkt wird im kommenden Jahr nach aktueller Prognose des Sachverständigenrates im Vergleich zum letzten Jahr nur noch geringfügig um 0,2 % wachsen.

Während die Risikolandschaft immer komplexer wird, bleibt der Klimawandel die übergreifende Herausforderung, die es heutzutage zu bewältigen gilt. Das Ausmaß der Herausforderung, die mit dem Klimawandel einhergehen, erfordert einen gesellschaftsübergreifenden Ansatz.

Kapitalmärkte – Ausblick 2024

Der GDV erwartet für 2024 ein Beitragswachstum von 3,8 %, rechnet jedoch mit unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen.

Im Segment Schaden- und Unfallversicherung wird nach Ansicht des GDV mit zwei gegenläufigen Effekten gerechnet: Einerseits wird sich die Inflation weiterhin bei Versicherungssummen und Beiträgen niederschlagen, andererseits dürfte der starke Wettbewerb und die schwierige finanzielle Situation vieler Haushalte die Beitragsentwicklung dämpfen. Für den gesamten Schaden- und Unfallversicherungszweig wird ein 7,7 % Beitragsplus prognostiziert. Hierbei wird mit deutlichen Unterschieden in den einzelnen Sparten gerechnet. In der Rechtsschutz- und der Allgemeinen Haftpflichtversicherung wird nur ein leichtes Wachstum von 4 % erwartet. Während in der allgemeinen Unfallversicherung kein Wachstum erwartet wird. Dahingegen erwartet man in der Kfz-Versicherung einen deutlichen Anstieg der Beiträge (+10 %), aufgrund von Nachholwirkungen und steigender Schadenhäufigkeit. In der Wohngebäudeversicherung wird aufgrund dynamischer Mechanismen die Beiträge an die Baupreis- und Lohnkostenentwicklung angepasst. Der GDV rechnet hier mit einem Anstieg der Beiträge in Höhe von 10 %.

In der Privaten Krankenversicherung ist nach aktueller Einschätzung des GDV mit einem merklichen Beitragsplus von 4,5 % zu rechnen. Laufend steigende Behandlungskosten im Gesundheitssystem führten gleich zu Beginn des Jahres 2023 zu Beitragserhöhungen in der Privaten Pflegeversicherung und bei etwa einem Drittel der privat Krankenvollversicherten. Es ist anzunehmen, dass sich die überdurchschnittlich hohen Leistungssteigerungen aus dem vergangenen Jahr im Jahr 2024 deutlich in Beitragsanpassungen bemerkbar machen werden. Der Trend, mit privaten Zusatzversicherungen den Versicherungsschutz der gesetzlichen Krankenversicherung zu ergänzen, dürfte anhalten.

Deutsche Versicherungswirtschaft – Ausblick 2024

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) erwartet für 2024 ein Beitragswachstum von 3,8 %, rechnet jedoch mit unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen.

Im Segment Schaden- und Unfallversicherung wird nach Ansicht des GDV mit zwei gegenläufigen Effekten gerechnet: Einerseits wird sich die Inflation weiterhin bei Versicherungssummen und Beiträgen niederschlagen, andererseits dürfte der starke Wettbewerb und die schwierige finanzielle Situation vieler Haushalte die Beitragsentwicklung dämpfen. Für den gesamten Schaden- und Unfallversicherungszweig wird ein 7,7 % Beitragsplus prognostiziert. Hierbei wird mit deutlichen Unterschieden in den einzelnen Sparten gerechnet. In der Rechtsschutz- und der Allgemeinen Haftpflichtversicherung wird nur ein leichtes Wachstum von 4 % erwartet, während in der allgemeinen Unfallversicherung kein Wachstum erwartet wird. Dahingegen erwartet man in der Kfz-Versicherung einen deutlichen Anstieg der Beiträge (+10 %), aufgrund von Nachholwirkungen und steigender Schadenhäufigkeit. In der Wohngebäudeversicherung werden, aufgrund dynamischer Mechanismen, die Beiträge an die Baupreis- und Lohnkostenentwicklung angepasst. Der GDV rechnet hier mit einem Anstieg der Beiträge in Höhe von 10 %.

In der Privaten Krankenversicherung ist, nach aktueller Einschätzung des GDV, mit einem merklichen Beitragsplus von 4,5 % zu rechnen. Laufend steigende Behandlungskosten im Gesundheitssystem führten gleich zu Beginn des Jahres 2023 zu Beitragserhöhungen in der Privaten Pflegeversicherung und bei etwa einem Drittel der privat Krankenvollversicherten. Es ist anzunehmen, dass sich die überdurchschnittlich hohen Leistungssteigerungen aus dem vergangenen Jahr im Jahr 2024 deutlich in Beitragsanpassungen bemerkbar machen werden. Der Trend, mit privaten Zusatzversicherungen den Versicherungsschutz der gesetzlichen Krankenversicherung zu ergänzen, dürfte anhalten.

DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG - Ausblick

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG und das Start-Up dentolo wurden bereits letztes Jahr für den Ausbau in den neuen Geschäftsfeldern als das wachstumsstärkste Insurtech in Deutschland ausgezeichnet (Marktstudie des Marktforschungsinstituts IMWF GmbH). Im Geschäftsjahr 2023 konnte das Unternehmen das Wachstumstempo nochmal beschleunigen.

Das kommende Jahr wird weiter geprägt sein durch Investitionen in die Neuausrichtung des Unternehmens. Das Wachstum in den neuen und ertragreichen Geschäftsfeldern soll weiter beschleunigt werden. Der Fokus liegt hierbei unverändert auf dem Online-Geschäft, unterstützt durch eine telefonische Beratung. Die weitere Forcierung der Produktdiversifikation soll die Abhängigkeit der Gesellschaft vom Kfz-Versicherungsmarkt weiter verringern und die Ertragskraft des Unternehmens mittelfristig deutlich erhöhen. Mit den Investitionen will der Aktionär zudem die digitalen Fähigkeiten aus dem Start-up- und Direktgeschäft ausbauen und für die digitale Transformation der Zurich Gruppe Deutschland nutzen.

Der Schadenverlauf des Geschäftsjahres 2023 war insgesamt noch stark geprägt durch die Kraftfahrt-Sparten. Inflationbedingt wird auch künftig mit erhöhten Schadendurchschnitten mit entsprechender Auswirkung auf die Nettoschadenquote gerechnet. Umfangreiche Maßnahmen wurden eingeleitet, um dem entgegenzuwirken. Mittel- und langfristig soll durch die Profitabilisierung in Motor sowie der Produktdiversifikation und einem damit einhergehenden geänderten Sparten-Mix eine Senkung der Nettoschadenquote erzielt werden.

Gestützt durch entsprechendes Beitragswachstum wird mittel- und langfristig auch eine Senkung der Nettokostenquote angestrebt. Für das kommende Jahr wird erneut geplant, in die Neuausrichtung zu investieren. Hinzu kommen die mit den Wachstumsambitionen in den Sparten außerhalb der Kraftfahrt-Zweige einhergehenden Abschlussaufwendungen. Durch einen weiteren Bestandsaufbau wird zukünftig mit einem positiven Ergebnisbeitrag aus diesen Sparten gerechnet.

Aufgrund höherer Marktzinsen werden in den kommenden Jahren wieder steigende laufende Erträge aus unseren Kapitalanlagen erwartet.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen. Die Risiken liegen u. a. in außergewöhnlichen Schadenereignissen, einer erhöhten Inflation, einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und möglichen Verwerfungen an den Kapitalmärkten.

Die Prognosen sind von der erhöhten Unsicherheit, resultierend aus der weiteren Entwicklung des Krieges in der Ukraine, geprägt. Durch diesen Krieg werden die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen fragil und die Volatilität an den Finanzmärkten hoch bleiben. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG zeichnet kein Versicherungsgeschäft in der Ukraine oder in Russland und hält auch keine Kapitalanlagen in diesen Ländern. Entsprechend ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine direkten Risiken im Zusammenhang mit ihrem Versicherungsgeschäft oder ihrer Kapitalanlage. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung würden aber auch die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG, wie alle anderen Marktteilnehmer, betreffen.

Ebenfalls wird der Fortgang des Nahostkonfliktes erwartungsgemäß für zusätzliche Unsicherheit auf den globalen Märkten sorgen. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG hat keine direkten Investitionen oder Versicherungsrisiken in den betroffenen Regionen. Analog zum Krieg in der Ukraine sind jedoch ebenfalls indirekte Auswirkungen auf das Geschäft der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG zu erwarten.

Dank an die Mitarbeiter

Das Jahr 2023 war ein äußerst ereignisreiches und besonders herausforderndes Geschäftsjahr für unsere Gesellschaft. Mit Hilfe der Fachkompetenz und dem unermüdlichen Einsatz aller für unsere Gesellschaft tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter machen wir sehr große Fortschritte bei der Erreichung unserer strategischen Ziele. Dank ihres Engagements und ihrer konstruktiven Zusammenarbeit im Team konnten wir die Basis für eine erfolgreiche Zukunft legen.

Gleichermaßen gilt unser Dank den Interessenvertretungen des Hauses für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Frankfurt am Main, den 14. März 2024

Der Vorstand

Stockhorst

Billing

Reuter

Schmidt-Schön

Betriebene Versicherungszweige und -arten

Krankenversicherung

sonstige selbständige Einzel-Teilversicherung

- selbständige Zahnbehandlungsversicherung nach Art der Schadenversicherung

Unfallversicherung

Allgemeine Unfallversicherung

- Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr

Haftpflichtversicherung

Allgemeine Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung (einschließlich Hundehalter-Haftpflichtversicherung)
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung

Kraftfahrzeugversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Fahrzeugvollversicherung

Fahrzeugteilversicherung

Kraftfahrtunfallversicherung

Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Glasversicherung

Tierversicherung

Rechtsschutzversicherung

- Rechtsschutzversicherung nach ARB

Beistandsleistungsversicherung

Schutzbriefversicherung

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	2023 EUR	2022 EUR
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
Beteiligungen			112.219		112.219
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		44.158.279			39.118.894
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		136.983.604			151.198.782
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	35.820.295				35.807.327
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	24.710.010				25.082.576
			60.530.305		60.889.903
4. Einlagen bei Kreditinstituten		317.375			481.991
			241.989.563		251.689.570
				242.101.782	251.801.789
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		10.078.361			9.324.669
2. Versicherungsvermittler		2.218.887			2.841.328
			12.297.248		12.165.997
davon an verbundene Unternehmen: 2.217.778 EUR (Vj.: 2.217.778 EUR)					
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			8.446.808		4.237.696
davon an verbundene Unternehmen: 8.445.004 EUR (Vj.: 4.233.967 EUR)					
III. Sonstige Forderungen			40.089.247		34.703.302
davon an verbundene Unternehmen: 34.024.679 EUR (Vj.: 29.365.785 EUR)				60.833.303	51.106.996

Aktiva

	EUR	2023 EUR	2022 EUR
C. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	4.126.883		1.601.815
II. Andere Vermögensgegenstände	178.593		213.375
		4.305.476	1.815.191
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.157.955		2.303.898
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.265.388		1.474.109
		3.423.343	3.778.007
Summe der Aktiva		310.663.904	308.501.983

Passiva

	EUR	EUR	2023 EUR	2022 EUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	53.041.931			53.041.931
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	21.374.941			21.374.941
		31.666.990		31.666.990
II. Kapitalrücklage		11.919.931		14.769.923
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	284.278			284.278
2. andere Gewinnrücklagen	287.152			287.152
		571.430		571.430
IV. Bilanzgewinn		2.849.992		-
davon Gewinnvortrag: – EUR (Vj.: – EUR)				
			47.008.343	47.008.343
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	48.292.372			45.228.000
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	24.146.186			22.614.000
		24.146.186		22.614.000
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	347.599.016			342.058.357
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	172.699.881			175.442.822
		174.899.135		166.615.535
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		34.163.639		45.308.371
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
Bruttobetrag		1.197.215		318.230
			234.406.175	234.856.136
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.695.111		4.679.262
II. Sonstige Rückstellungen		2.897.485		2.728.001
			7.592.596	7.407.263

Passiva

	EUR	EUR	2023	2022
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	9.899.771			10.026.420
2. Versicherungsvermittlern	24.621			34.743
		9.924.392		10.061.163
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: – EUR (Vj.: – EUR)				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		25.473		10.229
davon an verbundene Unternehmen: 8.706 EUR (Vj.: – EUR)				
III. Sonstige Verbindlichkeiten	11.706.925			9.158.849
			21.656.790	19.230.241
davon aus Steuern: 3.137.724 EUR (Vj.: 2.863.962 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: – EUR (Vj.: – EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen: 6.200.244 EUR (Vj.: 3.217.353 EUR)				
Summe der Passiva			310.663.904	308.501.983

Versicherungsmathematische Bestätigung:

Rentenleistungen aus Unfallversicherungen

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Rentenleistungen aus Haftpflichtversicherungen

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Absatz 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Köln, den 1. Februar 2024

Dr. Jens Wagener
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	EUR	EUR	2023 EUR	2022 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	308.707.220			285.636.231
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	133.708.828			143.972.131
		174.998.392		141.664.100
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-3.064.373			-3.640.323
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	1.532.187	-1.532.186		1.820.161 -1.820.162
			173.466.206	139.843.938
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			594.430	565.619
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			505.232	514.648
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	250.612.553			209.179.942
bb) Anteil der Rückversicherer	114.193.547			104.907.479
		136.419.006		104.272.463
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	5.540.659			19.731.838
bb) Anteil der Rückversicherer	-2.742.941			11.642.901
		8.283.600		8.088.937
			144.702.606	112.361.400
5. Veränderungen der sonstigen versicherungstechnischen Netto- Rückstellungen			878.985	-12.936
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		99.554.488		82.818.964
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		25.874.159		28.208.851
			73.680.329	54.610.113
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			116.147	115.734
8. Zwischensumme			-44.812.199	-26.150.106
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			11.144.732	4.248.015
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-33.667.467	-21.902.091

Fortsetzung	EUR	EUR	2023 EUR	2022 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	3.787.705			3.224.665
davon aus verbundenen Unternehmen:				
562.364 EUR (Vj.: 7.337 EUR)				
b) Erträge aus Zuschreibungen	309.515			-
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	30.165			59.488
		4.127.385		3.284.153
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	523.305			462.271
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-			1.916.161
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	257.071			40.367
		780.376		2.418.799
		3.347.009		865.354
3. Technischer Zinsertrag		594.430		565.619
			2.752.579	299.735
4. Sonstige Erträge		872.373		1.267.030
davon aus Fremdwährungsumrechnungen:				
1.611 EUR (Vj.: 418 EUR)				
5. Sonstige Aufwendungen		7.518.229		7.146.288
davon aus Fremdwährungsumrechnungen:				
- EUR (Vj.: 8.265 EUR)				
			-6.645.856	-5.879.258
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			-3.893.277	-5.579.523
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-37.560.744	-27.481.614
8. Außerordentliche Aufwendungen			913.941	851.979
9. Außerordentliches Ergebnis			-913.941	-851.979
10. Sonstige Steuer			58.678	-
11. Erträge aus Verlustübernahme			38.416.007	28.333.593
12. Jahresüberschuss			-	-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			2.849.992	-
14. Bilanzgewinn			2.849.992	-

Anhang

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Die Angaben im Geschäftsbericht erfolgen generell auf volle Euro. Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, VAG, AktG und den für Versicherungsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Für Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bei festverzinslichen Schuldtiteln wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wandten wir systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 an. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u. a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung sowie eine zum Stichtag vorliegende stille Last auf Investmentanteile. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Für Anteile an Spezialfonds richtet sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung bei einer zum Stichtag vorliegenden stillen Last auf dem Investmentanteil nach den im Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen und Schulden (Durchschau). Dabei wurde für den Investmentanteil als beizulegender Wert der Substanzwert ermittelt, indem Schuldtitel bei entsprechender Bonität des Emittenten mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt wurden, ansonsten mit dem Zeitwert. Derivate wurden mit ihrem Zeitwert angesetzt. Sicherungseffekte aus Derivaten wurden berücksichtigt. Der beizulegende Wert eines Fondsanteilscheins ergab sich aus der Summe der im Rahmen der Durchschau ermittelten beizulegenden Werte seiner Vermögensgegenstände und Schulden, geteilt durch die Anzahl der Anteile.

Liegt nach den Bestandsanalysen eine voraussichtlich dauernde Wertminderung für einen Spezialfondsanteil vor, wird auf den höheren Wert aus aktuellem Rücknahmepreis der Fondsanteile und dem in der Durchschau ermittelten beizulegenden Wert abgeschrieben. Sofern in Folgeperioden der im Rahmen der Bestandsanalysen ermittelte beizulegende Wert über dem Buchwert lag, wurden die Fondsanteile auf den in der Durchschau ermittelten beizulegenden Wert, höchstens jedoch auf die Anschaffungskosten, zugeschrieben.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellten nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren außerplanmäßige Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namenschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Agiobeträge wurden aktiv abgegrenzt und linear auf die Laufzeit verteilt. Für die unter dem Posten Namenschuldverschreibungen ausgewiesene Nullkuponanleihe erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Das Disagio wurde über die Restlaufzeit anhand der Effektivzinsmethode amortisiert. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich/abzüglich der kumulierten Amortisation eines Unterschiedsbetrags zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler wurden zum Nominalbetrag abzüglich Pauschalwertberichtigung angesetzt. Die Pauschalwertberichtigung wurde unter Berücksichtigung der Altersstruktur auf der Grundlage von Erfahrungswerten ermittelt.

Das Sachanlagevermögen (Betriebs- und Geschäftsausstattung) wurde zu den Anschaffungskosten, vermindert um die zulässigen Absetzungen für Abnutzung, bilanziert. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag bis 1.000 EUR werden direkt im Aufwand erfasst.

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden unter Beachtung der steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften pro Vertrag nach dem 1/360-System ermittelt. Die Anteile der Rückversicherer wurden entsprechend

den vertraglichen Vereinbarungen ermittelt. Die von den Beitragsüberträgen abzusetzenden nicht übertragsfähigen Beitragsteile errechnen sich in Anlehnung an die Grundsätze des koordinierten Ländererlasses des Finanzministeriums Niedersachsen vom 20. Mai 1974.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ist die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen, aber noch nicht abgewickelten, Versicherungsfall einzeln ermittelt worden; zweifelsfrei zu erwartende Rückflüsse aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen wurden abgesetzt. Die zusätzlich gestellte Spätschadenrückstellung wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten gebildet. Ergänzend wurden in der Rechtsschutzversicherung zusätzliche Rückstellungen für Verpflichtungen durch das Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 gebildet. Die Rückstellung für externe Schadenregulierung wurde im Wege der Einzelbewertung ermittelt. Die Rückstellung für interne Schadenregulierung ist in Anlehnung an den koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 errechnet worden.

Die Renten-Deckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der Aufbau der Zinszusatzreserve als Teil der Renten-Deckungsrückstellung unter Übergang auf die vom Gesetzgeber vorgesehene sogenannte Korridormethode fortgesetzt. Der dabei zugrunde gelegte Referenzzins gemäß § 5 Abs. 4 DeckRV betrug 1,57 %, so dass die mit einem Rechnungszins von 1,75 %, 2,25 %, 2,75 % und 3,25 % bewerteten Rentenfälle in die Berechnungen einzubeziehen waren.

Die Anteile der Rückversicherer an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden vertragsgemäß angesetzt.

Die Bildung der Schwankungsrückstellung erfolgte entsprechend § 341h Abs. 1 HGB i. V. m. § 29 RechVersV der dazugehörigen Anlage.

Zur Ermittlung der unter der Position „Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen“ ausgewiesenen Rückstellungen wurden, in Anlehnung an § 31 Abs. 1 und 2 RechVersV, folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die Stornorückstellung wurde auf Grundlage der in der Vergangenheit beobachteten stornierten Beiträge errechnet. Die Berechnung der Drohverlustrückstellung erfolgte anhand einer Prognose des versicherungstechnischen Ergebnisses auf Basis des Bestands zum 31.12.2023 und unter Berücksichtigung von Kapitalanlagenerträgen.

Die übrigen hier ausgewiesenen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bilanziert.

In der Bilanzposition Pensionsrückstellungen sind nach § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB die Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, mit diesen Altersvorsorgeverpflichtungen verrechnet auszuweisen. Die darin enthaltenen gemischten ZDV-Fonds wurden nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die ZDV-Fonds, die ausschließlich zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements dienen, wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB i. V. m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nachfolgend mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei handelte es sich um den Marktwert der Fondsanteile. Der unter der Bilanzposition Pensionsrückstellungen ausgewiesene Aktivwert zu den Rückdeckungsversicherungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Bei Rückstellungen, deren Höhe sich ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, ergibt sich der Wertansatz gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB aus dem Maximum von Mindestleistung und Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Für die Beendigung der Dienstverhältnisse ohne Versorgungsfall wird eine unternehmensspezifische Fluktuationswahrscheinlichkeit angesetzt, die sich nach dem Alter und der im jeweiligen Alter abgeleisteten Dienstzeit richtet.

Für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB grundsätzlich der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Zinssatz für eine Restlaufzeit von 15 Jahren der Bewertung zugrunde gelegt. 2016 hat der Gesetzgeber beschlossen, dass bei der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen anstelle des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes ein 10-Jahres-Durchschnittzinssatz zu verwenden ist. In diesem Jahr wurde für die Bewertung ein prognostizierter Jahresendzins von 1,82 % verwendet, der den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssatz exakt entspricht.

Die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurde nach der Projected Unit Credit Method (Projizierte Einmalbeträge) unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Heubeck berechnet. Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden verwendet:

Rechnungszins:	1,82 %
Gehaltssteigerung:	3,40 %
Inflationsrate:	2,10 %

Durch die Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre ausgeübt.

Der Wertansatz der übrigen Rückstellungen orientierte sich am Bedarf und wurde mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Vorstehend nicht einzeln aufgeführte Aktiva und Passiva wurden mit dem Nominalwert bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.

Alle Bestände in fremden Währungen außerhalb des Euroraums wurden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31. Dezember 2023 angesetzt. Erträge und Aufwendungen sind zum Tageskurs in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Die Zurich Gruppe ist aktuell dabei, die steuerrechtlichen Auswirkungen infolge der Umsetzung der OECD-Initiative zur globalen Mindestbesteuerung (BEPS 2.0 Pillar 2; Umsetzung in Deutschland durch das Inkrafttreten 27. Dezember 2023 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Mindeststeuergesetzes; „MinStG“) auf allen Ebenen zu prüfen und zu analysieren.

Die Zurich Gruppe fällt in den Geltungsbereich der erlassenen oder materiell-rechtlich umgesetzten Rechtsvorschriften. Die in Deutschland belegenen Geschäftseinheiten sind Teil der Mindeststeuergruppe gemäß § 3 Abs. 1 MinStG. Die Geschäftseinheiten der deutschen Mindeststeuergruppe unterliegen der deutschen nationalen Ergänzungssteuer gemäß der §§ 90 ff. MinStG. Eine erstmalige Steuerentstehung ist frühestens im Geschäftsjahr 2024 möglich. Aktuell gehen wir nicht davon aus, dass für die Zurich Gruppe in Deutschland eine Ergänzungssteuer entsteht. Die Regelungen des § 274 Abs. 3 HGB, wonach Differenzen aus der Anwendung des Mindeststeuergesetzes und entsprechender ausländischer Mindeststeuergesetze bei dem Ansatz und der Bewertung latenter Steuern nicht zu berücksichtigen sind, werden bei der Ermittlung angewendet.

Angaben zur Bilanz

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen vom 01.01.2023 – 31.12.2023

Aktivposten	Bilanzwerte 31.12.2022 EUR	Zugänge EUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Beteiligungen	112.219	-
2. Summe A.I.	112.219	-
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	39.118.894	4.729.870
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	151.198.782	649.854
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	35.807.327	12.968
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	25.082.576	2.656
4. Einlagen bei Kreditinstituten	481.991	-
5. Summe A.II.	251.689.570	5.395.348
Zwischensumme A.I. bis A.II.	251.801.789	5.395.348
Insgesamt	251.801.789	5.395.348

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2023
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
-	-	-	-	112.219
-	-	-	-	112.219
-	-	309.515	-	44.158.279
-	14.865.033	-	-	136.983.604
-	-	-	-	35.820.295
-	375.222	-	-	24.710.010
-	164.616	-	-	317.375
-	15.404.870	309.515	-	241.989.563
-	15.404.870	309.515	-	242.101.782
-	15.404.870	309.515	-	242.101.782

Zeitwert der Kapitalanlagen	Bilanzwerte		Zeitwerte	
	31.12.2023		31.12.2022	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Beteiligungen	112	112	112	112
Investmentanteile	44.158	37.974	39.119	31.441
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	136.984	127.838	151.199	134.954
Namensschuldverschreibungen	35.820	33.270	35.807	32.290
Schuldscheinforderungen und Darlehen	24.710	21.242	25.083	20.614
Einlagen bei Kreditinstituten	317	317	482	482
Summe	242.102	220.754	251.802	219.893
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		-21.348		-31.909

Bei Beteiligungen und Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurden Rücknahmepreise angesetzt.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven, unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität, nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 193,2 Mio. EUR (Vorjahr: 192,7 Mio. EUR).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 27,2 Mio. EUR (Vorjahr: 26,8 Mio. EUR).

Die Buchwerte der Investmentanteile sowie der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zweiter Halbsatz bilanziert wurden, betragen 181,1 Mio. EUR (Vorjahr: 190,3 Mio. EUR).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 198,2 Mio. EUR (Vorjahr: 216,6 Mio. EUR); der Zeitwert betrug 174,5 Mio. EUR (Vorjahr: 183,1 Mio. EUR). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 23,7 Mio. EUR (Vorjahr: 33,5 Mio. EUR) nicht erforderlich.

Investmentvermögen	Buchwert	Marktwert	Δ	Tägliche Rückgabe möglich	Ausschüttung	Unterlassene Abschreibungen
	(BW)	(MW)	(MW-BW)			
	31.12.2023	31.12.2023				
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR		2023	Tsd. EUR
Rentenfonds	44.158	37.974	-6.184	ja	580	-6.184

Bezüglich der unterlassenen Abschreibung verweisen wir auf die Ausführungen auf Seite 27.

Sonstige Forderungen		2023 EUR	2022 EUR
	Forderungen aus dem Abrechnungsverkehr mit verbundenen Unternehmen	34.024.679	29.365.784
	Noch nicht abgewickelte Finanzaufzahlvorgänge	6.064.568	5.337.517
		40.089.247	34.703.302

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		2023 EUR	2022 EUR
	Unterschiedsbetrag:		
- aktive -	Agio aus Namensschuldverschreibungen	1.018.392	1.264.999
	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	246.996	209.110
		1.265.388	1.474.109

Eigenkapital	01.01.2023 EUR	Veränderung 2023	31.12.2023 EUR
Gezeichnetes Kapital ¹⁾	53.041.931	-	53.041.931
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-21.374.941	-	-21.374.941
Kapitalrücklage	14.769.923	-2.849.992	11.919.931
Gewinnrücklage			
1. gesetzliche Rücklage	284.278	-	284.278
2. andere Gewinnrücklage	287.152	-	287.152
Bilanzgewinn	-	2.849.992	2.849.992
	47.008.343	-	47.008.343

¹⁾ Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 103.741 auf den Namen lautende Stückaktien.

Aufgrund des mit Wirkung zum 01.01.2002 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags wurde der Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.333.592,97 EUR von der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) übernommen.

Zum Bilanzstichtag wurden aus der Kapitalrücklage 2.849.992 EUR entnommen und in den Bilanzgewinn übertragen.

Versicherungstechnische Bruttorückstellungen		Geschäftsjahr	Versicherungs-	davon: Bruttorück-	davon: Schwan-
			technische Bruttorückstellungen insgesamt	stellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	kungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
			EUR	EUR	EUR
Unfall- und	Geschäftsjahr		10.025.477	9.333.023	-
Krankenversicherung	Vorjahr		7.612.999	6.896.490	-
davon	a) Unfallversicherung	Geschäftsjahr	4.008.037	3.315.583	-
	Vorjahr		4.059.309	3.342.800	-
	b) Krankenversicherung	Geschäftsjahr	6.017.440	6.017.440	-
	Vorjahr		3.553.689	3.553.689	-
Kraftfahrzeug-	Geschäftsjahr		350.991.041	293.362.551	31.244.881
Haftpflichtversicherung	Vorjahr		357.520.297	296.120.272	36.871.431
Sonstige	Geschäftsjahr		44.438.100	26.415.430	-
Kraftfahrtversicherung	Vorjahr		41.666.445	18.802.722	6.884.420
Feuer- und	Geschäftsjahr		3.344.128	2.123.930	-
Sachversicherung	Vorjahr		2.639.574	1.422.520	-
davon	a) Verbundene	Geschäftsjahr	2.191.361	1.000.442	-
	Hausratversicherung	Vorjahr	2.055.753	866.886	-
	b) Sonstige	Geschäftsjahr	1.152.767	1.123.488	-
	Sachversicherung	Vorjahr	583.821	555.634	-
Sonstige	Geschäftsjahr		22.453.496	16.364.081	2.918.758
Versicherungsbranche	Vorjahr		23.473.643	18.816.352	1.552.520
Gesamtes selbst abgeschlossenes	Geschäftsjahr		431.252.242	347.599.016	34.163.639
Versicherungsgeschäft	Vorjahr		432.912.957	342.058.357	45.308.371

Bei den versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen sind für Regresse, Provenues und Teilungsabkommen im Geschäftsjahr 10.491.211 EUR (Vorjahr: 10.361.472 EUR) abgesetzt worden.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In der Position „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ weisen wir treuhänderisch durch den Zurich Deutschland Vorsorge Trust e. V. verwaltetes Vermögen aus.

Anschaffungswert: 1.024.246 EUR

Zeitwert per 31.12.2023: 1.151.129 EUR

Vorjahreswert: 1.049.657 EUR

Dieses Vermögen dient ausschließlich der Sicherung eingegangener Pensionsverpflichtungen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA).

Zusätzlich enthält die Position den Aktivwert der Rückdeckungsversicherung für die Gehaltsumwandlung in Höhe von 46.737 EUR (Vorjahr: 46.455 EUR) und die Pensionsrückstellung in Höhe von 5.892.976 EUR (Vorjahr: 5.775.374 EUR).

Die Position ergibt sich somit nach Verrechnung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen mit dem Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände.

Durch die geänderte Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre ausgeübt. Hiernach ergibt sich ein jährlicher Anteil von mindestens 11.292 EUR. Der noch

nicht erfasste Unterschiedsbetrag in Höhe von 11.290 EUR wird im kommenden Jahr zugeführt.

Der Betrag aus der Bewertung der Vermögensgegenstände des Deckungsvermögens i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu ihrem beizulegenden Zeitwert, sofern dieser die Anschaffungskosten der jeweiligen Vermögensgegenstände übersteigt, unterliegt einer Ausschüttungssperre in Höhe von 126.883 EUR (Vorjahr: 49.935 EUR) nach § 268 Abs. 8 HGB.

2016 hat der Gesetzgeber beschlossen, dass bei der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen zukünftig anstelle des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes ein 10-Jahres-Durchschnittzinssatz verwendet wird.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellung nach Maßgabe des 10-Jahres-Durchschnittzinssatzes und dem Ansatz der Rückstellung nach Maßgabe des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes beträgt 71.302 EUR (Vorjahr: 316.694 EUR).

Gem. § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB ist dieser Unterschiedsbetrag ausschüttungsgesperrt.

Eine korrespondierende Abführungssperre bei Gewinnabführungsverträgen wird im Gesetz ausdrücklich nicht geregelt. Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen der Zürich Beteiligungs-Aktiengesellschaft (Deutschland) und der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG kommt eine analoge Anwendung der Ausschüttungssperre nicht in Betracht. Der Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB ist somit nicht abführungsgesperrt.

Andere Rückstellungen	2023 EUR	2022 EUR
- sonstige -		
Lieferantenrückstellungen	1.949.558	1.624.979
Provisionen	665.600	789.870
Jahresabschlusskosten	127.800	174.600
Übrige Posten	154.527	138.552
	2.897.485	2.728.001

Sonstige Verbindlichkeiten	2023 EUR	2022 EUR
Verbindlichkeiten aus dem Kontokorrentverkehr mit verbundenen Unternehmen	6.200.244	3.217.353
Noch abzuführende Steuern	3.137.724	2.863.962
Verbindlichkeiten aus noch nicht eingelösten Schecks	1.263.921	1.201.792
Noch nicht abgewickelte Finanzzahlungsvorgänge	1.105.036	1.875.742
	11.706.925	9.158.849

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung		Gebuchte Bruttobeiträge	Verdiente Bruttobeiträge	Verdiente Nettobeiträge
		EUR	EUR	EUR
Unfall- und	Geschäftsjahr	33.839.382	33.863.425	32.397.910
Krankenversicherung	Vorjahr	21.855.179	21.881.852	10.943.830
davon a) Unfallversicherung	Geschäftsjahr	2.909.746	2.933.789	1.468.275
	Vorjahr	3.017.243	3.043.916	1.524.862
b) Krankenversicherung	Geschäftsjahr	30.929.636	30.929.636	30.929.636
	Vorjahr	18.837.937	18.837.937	9.418.968
Kraftfahrzeug-	Geschäftsjahr	156.052.621	154.521.085	76.337.357
Haftpflichtversicherung	Vorjahr	156.634.804	154.275.095	76.362.081
Sonstige Kraftfahrtversicherung	Geschäftsjahr	89.628.887	87.997.943	43.612.337
	Vorjahr	88.337.839	86.889.353	43.119.680
Feuer- und Sachversicherung	Geschäftsjahr	17.436.128	17.432.984	15.328.154
Sachversicherung	Vorjahr	6.776.879	6.810.854	3.411.774
davon a) Verbundene	Geschäftsjahr	4.125.930	4.123.877	2.060.731
Hausratversicherung	Vorjahr	4.106.761	4.139.283	2.075.835
b) Sonstige	Geschäftsjahr	13.310.198	13.309.107	13.267.422
Sachversicherungen	Vorjahr	2.670.118	2.671.571	1.335.939
Sonstige Versicherungszweige	Geschäftsjahr	11.750.202	11.827.411	5.790.448
	Vorjahr	12.031.531	12.138.754	6.006.575
Gesamtes selbst abgeschlossenes	Geschäftsjahr	308.707.220	305.642.847	173.466.206
Versicherungsgeschäft	Vorjahr	285.636.231	281.995.908	139.843.939

Im versicherungstechnischen Ergebnis sind aus der Abwicklung der Schadenrückstellungen der Vorjahre die nachfolgenden Ergebnisse enthalten: Geschäftsjahr Gewinn brutto / netto 25.136.957 EUR / 11.202.020 EUR (Vorjahr: Gewinn brutto / netto 19.240.443 EUR / 9.027.133 EUR).

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Rückversicherungssaldo	Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge
EUR	EUR	EUR	EUR	Stück
15.020.361	18.668.901	-1.384.050	-1.203.163	137.472
8.987.439	15.542.727	-3.626.113	-6.266.959	102.108
636.385	574.140	-1.116.744	613.244	23.799
757.712	556.353	-802.400	934.919	25.326
14.383.976	18.094.761	-267.307	-1.816.407	113.673
8.229.728	14.986.374	-2.823.712	-7.201.878	76.782
126.420.491	37.490.278	-3.689.453	-6.865.001	516.295
126.859.803	35.995.849	4.174.530	-5.643.124	516.351
100.056.864	20.735.183	14.190.292	-11.949.932	442.625
83.353.781	20.507.575	5.627.091	-3.653.920	445.018
9.546.303	19.033.119	-974.969	-12.237.554	99.710
3.298.051	7.608.863	-1.148.932	-5.360.727	61.793
1.982.873	934.179		286.090	36.219
1.558.048	820.870		637.740	37.890
7.563.430	18.098.940		-12.523.644	63.491
1.740.004	6.787.993		-5.998.467	23.903
5.109.193	3.627.007	-2.993.695	-1.411.817	191.740
6.412.706	3.163.950	-2.419.316	-977.362	197.379
256.153.212	99.554.488	5.148.124	-33.667.467	1.387.842
228.911.780	82.818.964	2.607.261	-21.902.091	1.322.649

Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Der Posten „Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung“ beinhaltet den Zinstransfer aus den Zinszuführungen zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung in den selbst abgeschlossenen Unfall- und Haftpflichtversicherungen in Höhe des Mittelwertes aus Anfangs- und Endbestand der Rückstellung gewichtet mit dem für den Einzelvertrag maßgeblichen Rechnungszins.

	2023 EUR	2022 EUR
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		
– selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft –		
Abschlussaufwendungen	69.912.448	57.382.647
Verwaltungsaufwendungen	29.642.040	25.436.317
	99.554.488	82.818.964

	2023 EUR	2022 EUR
Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	33.789.077	21.857.415
Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
Löhne und Gehälter	910.931	1.941.467
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	11.521	9.167
Aufwendungen für Altersversorgung	181.838	635.862
Aufwendungen insgesamt	34.893.367	24.443.911

Weitere hier nicht genannte Aufwendungen für die Zurverfügungstellung von Personal und Sachmitteln wurden der Zurich Insurance plc Niederlassung für Deutschland, der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), der Zurich Rechtsschutz Deutschland GmbH, der DEUTSCHER HEROLD AG, der Zurich Kunden Center GmbH, der Dentolo Deutschland GmbH sowie der TDG Tele Dienste GmbH im Rahmen bestehender Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträge erstattet.

Erträge aus Kapitalanlagen

Im Geschäftsjahr wurden Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB auf Anteile an Spezialfonds in Höhe von 309.515 EUR vorgenommen.

Honorar des Abschlussprüfers		2023 EUR	2022 EUR
Abschlussprüfungsleistungen		89.800	99.000
andere Bestätigungsleistungen		-	-
Steuerberatungsleistungen		-	-
sonstige Leistungen		-	-
Gesamthonorar		89.800	99.000

Sonstige Erträge /sonstige Aufwendungen In der Position „Sonstige Erträge“ bzw. „Sonstige Aufwendungen“ werden die Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen in Höhe von 73.477 EUR (Vorjahr: 163.346 EUR) und die Erträge aus CTA-Vermögen in Höhe von 101.472 EUR (Vorjahr: Aufwand 440.979 EUR) saldiert ausgewiesen.

Außerordentliches Ergebnis Außerordentliche Aufwendungen von 11.292 EUR entstanden im Geschäftsjahr durch die anteilige Zuführung des Unterschiedsbetrages aus der Neubewertung von Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB.

Darüber hinaus entstanden uns Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 902.649 EUR (Vorjahr: 840.687 EUR) aus uns anteilmäßig belasteten Kosten für Restrukturierungsprogramme der Zurich-Strategie „Programm 2023“.

Sonstige Steuern Hierbei handelt es sich um Umsatzsteuererstattungen aus der Organschaft.

Allgemeine Angaben

Identifikation der Gesellschaft	<p>DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Platz der Einheit 2, 60327 Frankfurt am Main.</p> <p>Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main</p> <p>Handelsregister: Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 112118</p>
Organe	<p>Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 1 und 2 aufgeführt.</p>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands, gewährte Kredite	<p>Die Vorstandsmitglieder Herr Schmidt-Schön und Herr Billing sind im Geschäftsjahr von unserer Gesellschaft vergütet worden. Die restlichen Mitglieder des Vorstands haben mit der Gesellschaft keinen Dienstvertrag und sind von Konzernunternehmen vergütet worden. Nur in dem Umfang, in dem sie für die Gesellschaft tätig geworden sind, ist es im Rahmen der allgemeinen Konzernumlage zu einer Belastung unserer Gesellschaft gekommen.</p> <p>Da von der auszuweisenden Vergütung der zwei Vorstände aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft direkt auf sie geschlossen werden kann, wurde eine Nennung aufgrund von § 286 Abs. 4 HGB nicht vorgenommen.</p> <p>Im Geschäftsjahr wurden für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene 140.664 EUR aufgewendet.</p> <p>Die für ehemalige Vorstände und deren Hinterbliebene zu bildende Pensionsrückstellung beträgt 4.363.783 EUR.</p> <p>Es wurde keine Vergütung für den Aufsichtsrat aufgewendet.</p> <p>Kredite wurden im Jahr 2023 an Organmitglieder nicht gewährt.</p>
Mitarbeiter	<p>Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Alle Funktionen und Dienstleistungen werden von verbundenen Unternehmen bezogen.</p>
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	<p>Wesentliche aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen liegen nicht vor.</p>
Verbundene Unternehmen und Konzernzugehörigkeit	<p>Die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), Frankfurt am Main, hat uns gemäß § 20 Absatz 4 AktG mitgeteilt, dass sie mit Mehrheit am Grundkapital unserer Gesellschaft beteiligt ist.</p> <p>Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört unmittelbar zu 100 % der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland).</p> <p>Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, und die Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, halten jeweils mittelbar eine hundertprozentige Beteiligung an unserer Gesellschaft.</p> <p>Der Jahresabschluss der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) und die Jahresabschlüsse ihrer Tochterunternehmen, wozu auch die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört, werden in den Konzernabschluss der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, einbezogen. Es handelt sich hierbei um den kleinsten Kreis von Unternehmen, in den unsere Gesellschaft einbezogen ist.</p> <p>Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, wird einschließlich ihrer Tochterunternehmen, zu denen auch unsere Gesellschaft gehört, in den Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, einbezogen; es handelt sich dabei um den größten Kreis von Unternehmen, in den unsere Gesellschaft einbezogen ist.</p>

Der Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Beide Konzernabschlüsse sind erhältlich bei der Zurich Insurance Group Ltd., Mythenquai 2, CH-8022 Zürich.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.

Gewinnabführungsvertrag und Beherrschungsvertrag	Zwischen der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG - als abführendem Unternehmen - und der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) - als empfangendem Unternehmen - besteht ein Gewinnabführungsvertrag vom 14.11.2002. Ferner besteht mit der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) als herrschendem Unternehmen ein Beherrschungsvertrag vom 18.11.2014.
Vorgänge nach Geschäftsjahresschluss	Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.
Sonstige Angaben	Der zukünftige Verlauf des Krieges in der Ukraine und der Nahostkonflikt könnten indirekt Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben und die Erreichung der geplanten Ziele beeinflussen. Siehe hierzu auch die Ausführungen im Ausblick des Lageberichts. Eine Quantifizierung dieser Auswirkung ist aktuell schwierig.
Haftungsverhältnisse	<p>Aus der Übertragung der Pensionsverpflichtungen der Rentner auf die Deutscher Pensionsfonds AG ergibt sich aus den Pensionsfondsplänen die Verpflichtung, Nachschüsse zu leisten, für den Fall, dass das an die Deutscher Pensionsfonds AG übertragene Vermögen nicht ausreicht, um die Pensionsverpflichtungen gemäß dem entsprechenden Finanzierungsplan zu bedecken. Verbindlichkeiten waren zum Stichtag nicht zu bilanzieren. Zudem besteht für alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen eine subsidiäre Haftung nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG der Gesellschaft DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG.</p> <p>Der Zinsrückgang hat im Jahr 2023 zu einem Anstieg des auf die Deutscher Pensionsfonds AG übertragenen Vermögens geführt. Auch wenn das vorhandene Vermögen weiterhin ausreicht, um die auf die Deutscher Pensionsfonds AG übertragenen Verpflichtungen zu bedecken, besteht das Risiko, dass es bei weiteren Zinsanstiegen zu Nachschüssen kommen kann. Es wurden Maßnahmen ergriffen, dieses Risiko zu mitigieren.</p> <p>Zum Teil haben ehemalige Mitarbeiter der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG Versorgungsansprüche gegen die Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G. erworben. Für diese Versorgungsansprüche besteht eine subsidiäre Haftung der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG als ehemalige Arbeitgeberin nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Wir sehen derzeit keine Anzeichen dafür, dass das Vermögen der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a.G. nicht ausreicht, um die Versorgungszusagen zu erfüllen und daher ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen.</p> <p>Aufgrund unserer Mitgliedschaft bei der Verkehrsofperhilfe e. V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die von den Mitgliedsunternehmen im selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt wurden.</p> <p>Wir sehen keine Anzeichen dafür, dass sich die Marktverhältnisse der Mitgliedsunternehmen wesentlich ändern und damit die Verhältnismäßigkeit der Aufteilung.</p> <p>Sonstige aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse liegen nicht vor.</p>

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn 2023 von 2.849.992 EUR in voller Höhe in die gesetzliche Rücklage einzustellen.

Frankfurt am Main, den 14. März 2024

Der Vorstand

Stockhorst

Billing

Reuter

Schmidt-Schön

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

Bestimmung des beizulegenden Wertes bei Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für wie Anlagevermögen bewertete Anteile an Wertpapier-Spezialfonds sind bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen. Bei Wegfall der Gründe, die zu einer Abschreibung geführt haben, sind Wertaufholungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Bei der Bestimmung des für den Umfang von Zu- und Abschreibungen maßgeblichen beizulegenden Wertes dieser Kapitalanlagen besteht Ermessen der gesetzlichen Vertreter.

Es besteht daher das Risiko für den Abschluss, dass das bei der Bestimmung des beizulegenden Wertes bestehende Ermessen fehlerhaft ausgeübt wird und erforderliche Zu- und Abschreibungen unterbleiben bzw. in falscher Höhe vorgenommen werden. Aus diesem Grund betrachten wir die Bestimmung des beizulegenden Wertes bei Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns mit den Prozessen zur Bestimmung des beizulegenden Wertes von Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds befasst und die implementierten Kontrollen auf ihre Wirksamkeit hin beurteilt. Ferner haben wir für die wie Anlagevermögen bewerteten Anteile an Wertpapier-Spezialfonds durch aussagebezogene Prüfungshandlungen nachvollzogen, dass sämtliche von diesen gehaltene Vermögensgegenstände und Schulden im Rahmen einer Durchschau mit einem nachhaltig erzielbaren Wert berücksichtigt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bestimmung des beizulegenden Wertes der Anteile an Wertpapier-Spezialfonds ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Wertes der Anteile an Wertpapier-Spezialfonds sind im Abschnitt „Angaben zur Bilanzierung und Bewertung“ des Anhangs enthalten. Ferner sind in den Abschnitten „Angaben zur Bilanz – Zeitwerte“ Angaben zur Höhe der unterlassenen Abschreibungen und im Abschnitt „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – Nettoergebnis aus Kapitalanlagen“ Angaben zu den Zu- und Abschreibungen im Anlagevermögen enthalten.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossen Versicherungsgeschäft betrifft zum weitaus überwiegenden Teil die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt grundsätzlich einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen aus der Abwicklung vergleichbarer Schäden.

Die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Verfahrens, bei dem Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl unbekannter Schäden sowie des hierfür voraussichtlich anfallenden Schadenaufwandes getroffen werden. Je Versicherungszweig und -art wird die Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle aus dem Produkt der erwarteten Anzahl an unbekanntem Versicherungsfällen und dem erwarteten Durchschnittsaufwand je unbekanntem Versicherungsfall pro Anfalljahr berechnet.

Die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle sind ein wesentlicher Passivposten im Jahresabschluss des Unternehmens. Aufgrund der Ermessensspielräume bei der Festlegung der Bewertung zugrundeliegenden Annahmen und Schätzungen haben wir die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, da hier das Risiko besteht, dass die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und für unbekanntes Versicherungsfälle insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen und -arten nicht ausreichend bemessen sind.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle befasst.

Dabei haben wir für die Brutto-Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle den Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung, von der Schadenmeldung bis hin zur Abbildung im Jahresabschluss, untersucht. Hierzu haben wir wesentliche im Schadenbearbeitungsprozess implementierte Kontrollen getestet. Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von einzelnen Schadenfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Grundlage der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind.

Zur Prüfung der Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekanntes Versicherungsfälle haben wir für eine bewusst ausgewählte Stichprobe an Versicherungszweigen und -arten die Herleitung der geschätzten Anzahl der unbekanntes Spätschäden und deren erwarteter Höhe unter Berücksichtigung historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt und deren rechnerische Ermittlung nachvollzogen.

Weiterhin haben wir zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellungen in der Versicherungsart Kraftfahrzeug-Haftpflicht eigene Schadenprojektionen durchgeführt und den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert als Maßstab für die Beurteilung der ausreichenden Bemessung der Bruttoreückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in dieser Versicherungsart zugrunde gelegt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt "Angaben zur Bilanzierung und Bewertung" des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- den Fünf-Jahresüberblick sowie
- den Abschnitt Zurich Gruppe – Gesellschaftsstruktur und Kennzahlen,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmens-tätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 4. Mai 2023 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 6. Juni 2023 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2021 als Abschlussprüfer der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Alexander Vogt.

Köln, den 25. März 2024

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt
Wirtschaftsprüfer

Spengler
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Compliance durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden in zwei ordentlichen Aufsichtsratssitzungen erörtert. Dabei hat der Vorstand über das Erreichen der geplanten Ziele für das laufende Geschäftsjahr und über die Planung für die künftige Periode berichtet. Auf dieser Grundlage hat der Aufsichtsrat den Vorstand der Gesellschaft laufend überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stets eingebunden.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende haben in Einzelgesprächen mit dem Vorstand geschäftspolitische Fragen sowie die tagesaktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft behandelt. Der aus der Mitte des Gremiums gebildete Prüfungsausschuss hat im Rahmen der Sitzungen an den Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seiner Beratungen berichtet.

Schwerpunkte der Beratung waren die Schadenentwicklung nach dem Ende der COVID-19-Pandemie und insbesondere die Auswirkungen der Inflation auf die Schaden- und Kostenquote im Bereich Motor sowie die konsequente Fortsetzung der Digitalisierung bzw. die Stärkung der neuen Geschäftsfelder und damit der digitalen Transformation der Gesellschaft.

Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats sind keine Interessenkonflikte aufgetreten.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist von der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts der Gesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Aufsichtsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.

In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Jahresabschlusses anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinns an.

Frankfurt am Main, im April 2024

Der Aufsichtsrat

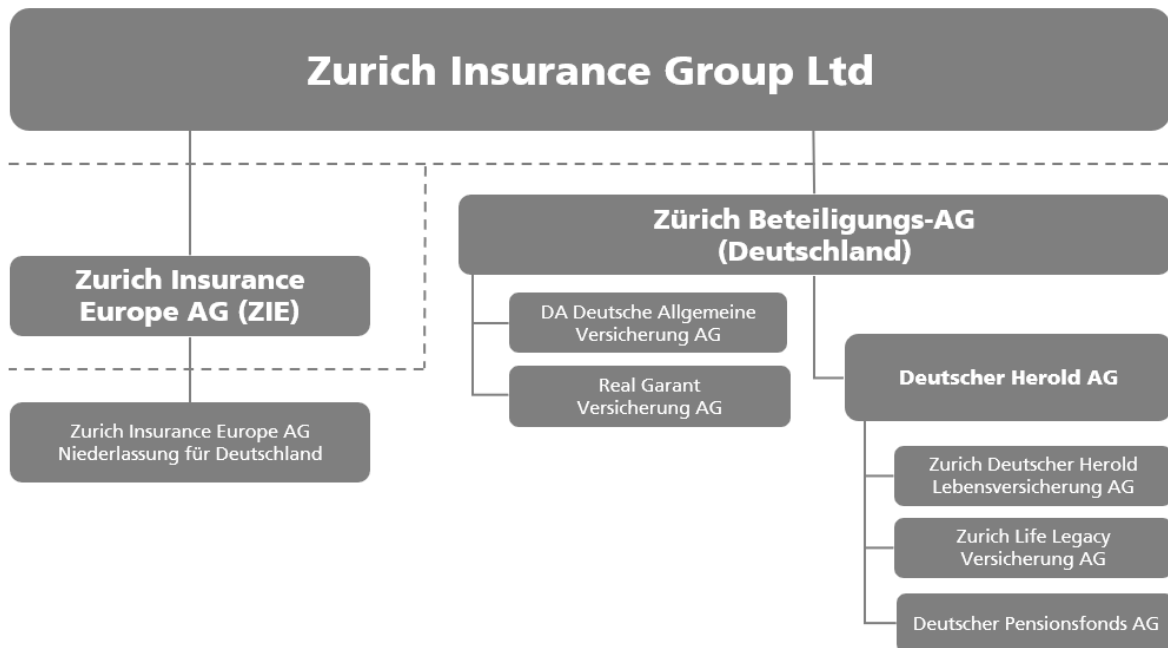
Dr. Schildknecht

Vorsitzender

Dr. Max

Dr. Utecht

Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur



Kennzahlen Zurich Gruppe Deutschland

	2022	2023	Veränderung
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Prozent
Versicherungsbeiträge (nach IFRS 17)	5.797	5.829	0,5 %
– Gebuchte Brutto-Beiträge Nicht-Leben	2.667	2.869	7,1 %
– Gebuchte Brutto-Beiträge Leben	3.132	2.961	-5,8 %
Neugeschäft Leben in APE*	240	268	10,5 %
Kapitalanlagen (inkl. FLV)	49.324	51.295	4,0 %
Combined Ratio Nicht-Leben	95,1%	99,5 %	3,7%-Pkt.
Business Operating Profit (BOP) nach IFRS 17**	398	255	-56,3 %
Anzahl der Mitarbeiter (31.12.)	4.693	4.919	4,6 %

*) Annual Premium Equivalent (Neugeschäft laufende Beiträge plus 10 % der Einmalbeiträge)

**) Zurich-interne Leistungskennzahl für den Betriebsgewinn, vor Steuern und bereinigt um nicht-operative Kenngrößen (insb. Finanzmarktvolatilität und außerordentlich Ergebniskomponenten)

Impressum

Herausgeber:
Zurich Gruppe Deutschland
Deutzer Allee 1
50679 Köln

Telefon 0221/7715-0
www.zurich.de

DA Deutsche Allgemeine
Versicherung Aktiengesellschaft

Sitz der Gesellschaft:
Frankfurt am Main

Handelsregister: Amtsgericht
Frankfurt am Main

HRB 112118